

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei Postbestellung monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Postband für Deutschland 4.50 M., ins Ausland 7.30 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N28, 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante Lesestoffe: Kompendien über den Raum 1,20 M., Wortarten des festgedruckten Wortes 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Lernzettel 70 Pf., bei familiärer u. Veranlassungsangabe 1/2 des Zuschlags frei. Interests für den nächsten folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition anlangend sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N28, 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Für den Frieden mit Sowjet-Rußland!

Der englische Gewerkschaftslongreß gegen die Regierung.

H. N. London, 11. Dezember.

Sollandisch Newsbureau meldet: Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes erhielt gestern vom Kongreß den Auftrag, eine Abordnung nach Rußland zu schicken und bei der Regierung einen unverzüglichen Friedensschluß mit Sowjetrußland anzuregen. Die britische Regierung solle die Aufhebung der Blockade und die Wiederaufnahme des Handels mit Sowjetrußland in Erwägung ziehen. In der Aussprache des Kongresses erklärte der Abgeordnete Hill, es würden noch immer Truppen nach Rußland geschickt. Er sei erst am vorhergehenden Tage mit Mannschaften zusammengewesen, die in den allernächsten Tagen nach Rußland fahren würden. Robert William führte in einer sehr heftigen Rede aus, daß viele Schloffer und Dreher lieber die Sowjetrepublik als für Denkin machen wollten. Man habe ihm die Pässe nach Rußland verweigert. Er verlange, daß Lenin und Trotski in England genau so willkommen geheißen würden, wie die Generale Smut und Kotech es vor Jahren gewesen seien. Dann sollte man mit britische Matrosen führen im Gefängnis von Ebinburg. Es seien Leute, die im Kriege tapfer gedient hätten und die verhaftet wurden, weil sie sich darüber beschwerten, daß sie nach Rußland sollten. Bei dieser Mitteilung hörte man allgemein Ausrufe wie: "Es ist eine Schande!" Eine Rede des Obersten Ward rief großen Widerspruch hervor. Er führte aus, der Kongreß handele verkehrt und schädige sich selbst. Man hätte kein genaues Bild der Lage in Rußland gesehen. Die demokratische Verfassung sei dort von einer Bande Gaubanden vernichtet worden, die anstelle der Freiheit die Anarchie gesetzt hätten. Die Sowjetregierung könne nur als Diktatur betrachtet werden, solange sie sich weigert, sich einer Wahlbestimmung zu unterwerfen und solange sie einen Terror ausübt. Nach längeren sehr unruhigen Weiterverhandlungen wurde der eingangs erwähnte Antrag angenommen und der Kongreß bis zum Februar vertagt.

Die Internationale Holzarbeiter-Konferenz gegen die Blockade Rußlands.

H. N. Haag, 11. Dezember.

Die internationale Konferenz der Holzarbeiter beschloß, den 11. ihres Verbandes von Berlin nach Amsterdam zu verlegen. Im Zusammenhang mit einer Forderung der Vereindverfassung haben Franzosen und Belgier vorgeschlagen, die notwendige Einigkeit aller Völker durch eine kräftige Propaganda gegen den Militarismus und für die allgemeine Abrüstung zu fördern und weiter auch eine Entschlieung angenommen, worin gegen die Blockade Rußlands protestiert wird. In einer anderen Entschlieung wurde der ausstehenden Verdüsterung Oesterreichs die Sympathie ausgedrückt, sowie die Absicht mitgeteilt, mit allen Mitteln zu versuchen, die Hungersnot in Oesterreich zu lindern.

Das Schandurteil bekräftigt!

Die Regierung bequemt sich endlich, auf unser mehrfachen Drängen zu dem Eingeständnis, daß das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess bestätigt worden ist, und zwar ist die Bestätigung, wie die "N. N." an zuständiger Stelle erfahren, bereits vor einigem Zeit vorgenommen worden. Es trifft auch zu, daß, wie wir weiter oben, das Urteil vom Reichswehrminister Roske bestätigt worden ist. Interessant ist die Begründung, die die "zuständige Stelle" dieser merkwürdigen Form der Urteilbestätigung gibt. Es heißt darin: "Da es sich um ein Urteil eines Berliner Militärgerichts handelt, war der Oberkommandierende zuständig. Der Bestätigung ist eine nochmalige Durchprüfung durch militärische und zivile Sachverständige vorangegangen. Diese waren einstimmig der Überzeugung, daß auf Grund des vorliegenden Materials nur eine etwaige Wiederholung des Urteils ein anderes Urteil nicht ergeben könnte."

geständnis ist, daß sie durch die Bestätigung des Urteils die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs vor einer Wiederaufnahme des Verfahrens geschützt hat. Monatslang ging der Streit zwischen den einzelnen Regierungsinstanzen, welcher Stelle das Bestätigungsrecht im Liebknecht-Luxemburg-Prozesse zufalle. Sowohl dem Reichspräsidenten Ebert wie auch den anderen Regierungstellen erschien es zu brenzlich, die Verantwortung für die Bestätigung des Schandurteils zu übernehmen. Nun mußte der "starke Mann" Roske, der vor keiner noch so dreistigen Sache zurückschreckt, auch diese Sache schieben. Man entdeckte plötzlich, nachdem man sich monatelang über die Zuständigkeitsfrage den Kopf zerbrochen hatte, daß der Prozeß vor einem — Berliner Militärgericht verhandelt worden war und daß deshalb der Oberkommandierende Roske "zuständig" sei. Man hüte sich aber wohlweislich, der Öffentlichkeit über diese Dinge Mitteilung zu machen, obgleich man wußte, mit welcher ungeheuren Interesse die Arbeiterchaft die Einzelheiten des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses verfolgte. Man versuchte, nachdem Vogel glücklich mit amtlichen Ausweisen nach Holland und von dort nach Argentinien expediert und Runge als "geistkrank" erklärt war, die unbearbeitete Angelegenheit auf diese Weise aus der Welt zu schaffen, um die freigebliebenen Mitglieder der Mörderbände vor jeder weiteren Eventualität zu sichern.

Es heißt in der offiziellen Rechtsfertigungsnotiz, daß eine "nochmalige Durchprüfung der Angelegenheit durch militärische und zivile Sachverständige" der Bestätigung vorausgegangen war. Auch dieser Vorgang, der von erheblichem Interesse ist, ist vor der Öffentlichkeit geheim gehalten worden. Niemand weiß, welche Sachverständigen dieses Notum gefüllt haben und welche Gründe für sie maßgebend gewesen sind. Die Sachverständigen erklärten, daß auf Grund des vorliegenden Materials auch eine etwaige Wiederholung des Prozesses ein anderes Urteil nicht ergeben könnte. Diese Begründung geht um den Kern der Frage herum und ist nichts weiter als einleuchtende Heuchelei. Denn es handelt sich nicht darum, auf Grund des vorliegenden Materials nochmals ein divisionspatriotisches Theater aufzuführen, sondern durch Einleitung eines neuen Verfahrens, das nicht in die Hände der Kameraden der Mörder geführt ist, erst die Grundlagen für eine wirkliche Prozeßführung zu schaffen und den Wall der Lüge zu sprengen, den die Mörder und ihre hohen Gömmer aufgerichtet haben. Noch vor einigen Tagen hat selbst ein Soldat, der seiner Zeit die Prozeßführung auf das wärmste in Schutz nahm, eingestanden, daß die Beteiligten an der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs zu der "einmütigen Lüge" gekommen waren, die Schuld auf Runge und Vogel abzuschieben. Und er folgerte daraus die Notwendigkeit, daß eine neue Untersuchung versucht müsse, den Wall der militärischen Lügengemeinschaft zu durchbrechen und alle wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Der arme Seilmann! Gätte er sich früher bei seinem Parteigenossen Roske erkundigt, so hätte er diese Beilen kaum geschrieben. Nun aber stehen sie da als stärkste Anklage gegen Roske, der die "einmütige Lüge" der Mörder, die "militärische Lügengemeinschaft" der Beteiligten durch seine Bestätigung gedeckt und alle "wirklich Schuldigen" der Verantwortung entzogen hat. Diese Worte Seilmanns sind auch die stärkste Anklage gegen die Regierung, die sich zu entlasten suchte, indem sie Roske das Bestätigungsrecht zuschob, die aber nicht entlastet ist von der Schuld, ein Justizverbrechen, eine Justizkomödie geduldet und gefördert zu haben.

Die Regierung mag sich vielleicht noch heute der Hoffnung hingeben, durch Verschlei und Heuchelei den Weltskandal des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses beseitigt zu haben. Diese Hoffnung ist trügerisch. Nie wird das deutsche Proletariat, nie werden alle rechtlich Denkenden von der Aufgabe ablassen, die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs bis in alle Einzelheiten aufzuklären und alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Und ewig wird den amtlichen Schuldhaltern der militärischen Mörderbände die Anklage in die Ohren gellen, daß sie es sind, die die Schuld an der Verschleierung des Verbrechens und der Entlastung der Mörder zu tragen haben.

Die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften.

Von Rob. Dismann.

Die Frage der Bedeutung der Gewerkschaften im proletarischen Befreiungskampf war in früheren Jahrzehnten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei lange Zeit hindurch umstritten. Die Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse wurde nicht bestritten, sondern die Auseinandersetzungen drehten sich um die Wertung und Rolle, die den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung zukommt. Der Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 erfaßte die sich vollzogene Entwicklung durch die einmütige Niederlegung folgenden Beschlusses:

"Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Massenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Zusammenwirken angewiesen."

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralkomitees der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einseitigkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken."

Den vor 13 Jahren gefaßten Beschluß heute unseren Genossen ins Gedächtnis zurückzurufen, ist nach mehr denn einer Seite hin von Wert. Die Zeiten selbst haben sich seit Mannheim wesentlich geändert. Doch der Kern der Mannheimer Resolution gilt heute mehr denn je zuvor. Die freien Gewerkschaften, die 1906 nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter erfaßten, zählen jetzt über 6 1/2 Millionen Mitglieder, haben heute in einer Reihe von Berufen den weitans größten Teil der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nicht ohne, sondern nur mit den Gewerkschaften (d. h. der in den Gewerkschaften vereinigten Mitglieder) ist die Revolution siegreich durchzuführen. Das erkennt auch das auf dem Leipziger Parteitag angenommene Aktionsprogramm durchaus an, indem es unter Hinweis auf die Eroberung der politischen Macht sagt:

"Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umgestaltet sind, und des revolutionären Rätesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt."

Wollen wir im Sinne der Parteitagebeschlüsse wirken, muß unser Wirken innerhalb der Gewerkschaften in diesem Sinne eingestellt werden.

Soll aber unsere Tätigkeit in den Gewerkschaften von Erfolg sein, muß die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften klar und unzweideutig in die Erscheinung treten. Das gilt in erster Linie von unserer Stellung zu den individualistischen Organisationen, resp. gegenüber allen Organisationsgebilden, die sich von den freien Gewerkschaften losgelöst haben und letztere nun auf

Bestimmte bekämpfen. Wir haben die ungeheuren Schäden, die dem Proletariat durch die proletarische Haltung und Politik der maßgebenden Gewerkschaftsbürokratie während des Krieges wie im ersten Revolutionärsjahr erwachsen sind, oft und kurz genug dargelegt. Sollen aber diese Schäden ausgemerzt werden und wollen wir die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückführen, dann kann dies nicht geschehen durch eine Zerstückelung der Gewerkschaften, sondern der Kampf muß innerhalb der Gewerkschaften aufgenommen und durchgeführt werden. Zur Umgestaltung der Gewerkschaften im revolutionären Sinne gehört, daß die Massen der Gewerkschaftsmittglieder in Geist und Willen auf diesen Prozeß eingestellt werden. Ohne die Massen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Wie aber gewinnen wir die Massen?

Wer glaubt, daß dieses durch eine Loslösung von den heutigen Gewerkschaften leichter möglich wäre, täuscht sich gewaltig. Die Arbeiter sind mit ihren Gewerkschaften verwachsen, sie betrachten dieselben als ihre Heimstätte, als die Organisation, die sie im Tageskampf mit dem Unternehmertum schützt und führt. Mit Recht sehen die Gewerkschaftsmittglieder ihre Organisation als ein Kleinod an, dessen leichtfertige Zerstückelung ein Verbrechen wäre. Bedingen doch die Interessen der Arbeiterklasse eine geschlossene Kampffront gegenüber dem Unternehmertum, das mit jedem Tage übermütiger sein Haupt erhebt. Wer die Art legt an die Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen, diese zerstreut und zu Neugründungen schreiet, der gerät in offenen Gegensatz und Kampf zur Masse der Gewerkschaftsmittglieder selbst und wird damit diese im Augenblicke gegen überstehenden Massen nicht für seine Idee gewinnen, sondern von sich abstoßen. Unser Revolutionsparteitag im März d. J. nahm in richtiger Erkenntnis der Dinge einstimmig eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage an, die es als Pflicht der Gewerkschaftsmittglieder bezeichnet, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes. Jener Beschluß weist die Mitglieder der U. S. P. ferner auf die Notwendigkeit hin, sich in den Gewerkschaften zu betätigen und erklärt:

„Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.“

Der Leipziger Parteitag hat diesen Beschluß erneut bestätigt. Die U. S. P. muß diesen Standpunkt konsequent vertreten und hochhalten. Das gilt für alle Glieder der Partei und ihre einzelnen Mitglieder. Mit Recht wurde jener Brief zurückgewiesen und später von der Parteizentrale besanauert, der vor einigen Monaten von einem einzelnen Mitglied der Parteizentrale der U. S. P. an B. Rneupper-Gesellschaft gerichtet wurde, der dem neugegründeten Volk- und Sättenerbeiterverband Unterstützung zusicherte, und der neuen Organisation (eine Abspaltung von den freien Gewerkschaften) den Rat gab, sich „vorläufig der Zentrale für Betriebsräte, Halle, anzuschließen“. In der Frage der Gewerkschaften kann es keine Zweideutigkeiten geben, wollen wir nicht auf eine schlechte Ebene geraten. Aus diesen Erwägungen bedauere ich auch den Beschluß der Reichskonferenz der Betriebsräte in Halle (24. und 25. Oktober d. J.), der zwar besagt, daß nicht die Folgerung des Einzelaustritts aus den Organisationen gezogen werden dürfe, später aber fortfährt:

„Bei Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, wo oppositionellen Gruppen es unmöglich gemacht wird, in der Gewerkschaft zu verbleiben, ist die Mitwirkung der Zentralschle (Betriebsräte) anzurufen.“

Ein Unterbruch zwischen Einzel- und Gruppenaustritten kann und darf nicht gemacht werden. Und im ureigensten Interesse einer gesunden Parteipropaganda wie der Parteiführung selbst liegt es, wenn letztere es strikte ablehnen, Gedanken eines Austritts aus den Gewerkschaften (auch unter der Umkehrung eines „unmöglichen“ Verbleibens in den Gewerkschaften) zu nähren.

Sowohl bisher Abspaltungen von den freien Gewerkschaften vorliegen, so in den Arbeiterunions, Betriebsorganisationen (nicht zu verwechseln mit den Betriebsräten) oder anderen handwerklichen und kommunikativen Gebilden —, müssen wir denselben die Anerkennung als Gewerkschaften versagen und uns bemühen, die betreffenden Mitglieder wieder den freien Gewerkschaften zuzuführen. Letzteres kann unter vornehmender Mitwirkung der Organisationsleitungen der U. S. P. geschehen, soweit unser Einfluß reicht.

Und nun ein Wort zur Umgestaltung und Reform in den Gewerkschaften selbst. Es ist falsch, den Gewerkschaften von außen — sei es von der Partei oder der Zentrale der Betriebsräte — ein Programm in Einzelheiten aufzulegen zu wollen. Das wird den Kampf der Opposition in den Gewerkschaften — und dieser Kampf ist wohl nicht leicht! — nur erschweren. Da die Opposition in den Gewerkschaften die Kraft zur Umgestaltung erlangt, wird sie die Reformen ohne „Bewohnung“ von anderen Stellen sicher und konsequent ihren Ziele zuführen, so wie es im Interesse der Gewerkschaftsmittglieder wie des revolutionären Kampfes liegt.

Für grundsätzlich halte ich es ferner, wenn man jetzt bereits dabei ist, den Gewerkschaften die Funktionen im spätkrieglichen Sozialisierungsprozeß zuzuwenden, wie dies kürzlich in zwei Artikeln von Ernst Dämmig über „Materiedanke und Gewerkschaftsaktivität“ in der „Freiheit“ zum Ausdruck kam. Der Genosse Dämmig will den Gewerkschaften in ihrer heutigen Form die Wahrnehmung der Interessen der Gewerkschaftsmittglieder im Lohn- und Arbeitsverhältnis zugestehen. Aber — so sagt er weiter — „für die Ueberwachung und spätere Uebernahme des Produktionsprozesses können sie (die Gewerkschaften) nicht in Frage kommen, ebensowenig aber auch für die Führung und Leitung von Kämpfen, die das Proletariat über die beruflichen Lohnkämpfe hinaus um die wirtschaftliche und politische Macht führen muß.“ In der Umstellungsprozeß der Gewerkschaften vollziehen, so überweist ihnen Genosse Dämmig im Rahmen des Materiedankes Aufgaben der Statistik, Reaktivierung, Kontrolle der Lebenshaltung u. a. Glaubt man wirklich ernsthaft, die Gewerkschaften, die heute wie keine andere Körperschaft die Massen des Proletariats in fester organisatorischer Verbindung erfährt hat, mit der Zuweisung

untergeordneter Funktionen für eine volle Einsetzung im revolutionären Kampf begeistern und vorwärts treiben zu können? Das Gegenteil würde natürlich erreicht. Gleich der politischen Partei und den Massen sind die Gewerkschaften ein voll- und gleichwertiges Kampforgan im revolutionären Ringen, die sich weder bei der Führung und Leitung von Kämpfen auszuhebeln lassen, noch im Sozialisierungsprozeß mit untergeordneten Funktionen beiseite. Wer das Wesen der Gewerkschaften wirklich kennt und ihren Einfluß auf die Arbeitervassen richtig einschätzen weiß, der wird sich über die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften keinen Augenblick im Unklaren sein. Nicht über dem Gewerkschaften befinden sich andere Kampfgebilde, die den Gewerkschaften ihre Aufgabe zuweisen, sondern Partei, Gewerkschaften und Masse haben jede ihre besonderen Aufgaben, gelten als gleichberechtigt und haben Hand in Hand im gemeinsamen kämpferischen Ringen die entscheidenden Schlachten zu schlagen, wobei allen Gliedern im gemeinsamen Kampfe die Funktionen zufallen, die ihnen gebühren.

Die erste revolutionäre Arbeit ist die Revolutionierung der Köpfe der Arbeitervassen. Gewinnen wir die 6½ Millionen Gewerkschaftler in ihrer überwiegenden Mehrheit, so bedeutet das eine gewonnenen Schlacht. Diese Arbeit ist hart und schwer. Doch es winkt der Erfolg. Breche ist geschlagen. Vorwärts auf der betretenen Bahn in uner müdlicher Arbeit. So dienen wir der Revolution und damit dem Proletariat.

Gerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Der Reichsrat hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf angenommen, der die Verfolgung von Kriegsverbrechern und Kriegsvergehen vorsieht. Im Ausland, so heißt es in der Begründung, namentlich in den Entente-Ländern, seien Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Entschlossenheit gegen Straftaten vorgehen werde, die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige, namentlich auch im besetzten Ausland, begangen worden sind. Es erscheine der Regierung aus politischen Gründen zweckmäßig, vor aller Welt klarzustellen, daß diese Zweifel unbegründet seien. Darum schlägt der Gesetzentwurf vor, alle diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, wegen solcher Verbrechen auch dann einzuschreiten, wenn sie im Ausland begangen sind, während bisher nach dem Deutschen Strafgesetzbuch für im Ausland begangene Straftaten kein Verfolgungszwang bestand.

Die Zweifel an dem ernststen Willen der deutschen Regierung, die Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, haben nicht nur im Ausland bestanden, sondern auch bei uns; und wenn man nach der Revolution über ein Jahr gebraucht hat, um einen Gesetzentwurf fertigzustellen, der die strafprozessualischen Unterlagen für ein solches Verfahren schafft, so ist das der beste Beweis für die Berechtigung dieser Zweifel.

Erst wenn uns der Entwurf im Wortlaut vorliegt, werden wir uns über seine Tragweite äußern und insbesondere zu der Frage Stellung nehmen können, ob eine Währungsänderung besteht, daß unter den so veränderten Umständen die Entente auf die Auslieferung der Schuldigen verzichten wird. Schon jetzt aber möchten wir aufs dringendste davor warnen, diese Angelegenheit irgendwie mit Verhandlungen über die Friedensratifikation zu verquicken und etwa unter Hinweis auf das zu erwartende Geleit von den Gegnern den Verzicht auf die Auslieferung der Kriegsverbrecher zu fordern. Die Rückkehr unserer Gefangenen darf durch keinerlei Winkelzüge der deutschen Regierung ausgehalten werden!

Der Friedensschluß so gut wie gesichert.

London, 11. Dezember.

Volkour sagte heute in einer Rede, wenn auch der Friede mit unserem Hauptgegner noch nicht formell geschlossen ist, so kann er doch so gut wie gesichert angesehen werden.

Gegen die Annahmen Helfferichs und Konforten.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung erledigte in seiner gestrigen Sitzung die Frage, die durch das Verhalten des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich bei seiner Vernehmung aufgeworfen worden waren. Der Ausschuß beschloß mit allen gegen zwei Stimmen zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses Fragen stellen und befragten auch jede Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschussmitglied gegenüber zu erfüllen habe. Im übrigen beschloß der Ausschuß, daß er in seiner Berichterstattung nicht als Beschwerdeinstanz für Einsprüche gegen Verfügungen des Untersuchungsausschusses angerufen werden könne. Jeder Untersuchungsausschuß hat selbständig über die etwaigen Einsprüche von Auskunftspersonen oder Sachverständigen zu entscheiden.

In diesem Bericht ist zu bemerken, daß der Ausschuß die Frage, die den wichtigsten Inhalt seiner Beratungen gebildet hat, ursprünglich gar nicht auf der Tagesordnung stehen hatte. Erst auf Drängen der Unabhängigen Sozialdemokraten wurde über die Annahmen der Helfferichs, Lindenburg, Lubendorf usw. verhandelt.

Bödsinn.

Genosse Eichhorn schreibt uns: Im Anschluß an einen Bericht über die Erörterung des Falles Elzard in der rechtssozialistischen Fraktion soll die „Freiheit“ aus einer Lokalzeitung, die dort aufgestellte Behauptung mit, ich hätte als Polizeipräsident in „enger Beziehung“ mit Herrn Elzard gestanden. Diese Behauptung ist eine grobe Unwahrheit, ich kann mich ihr gegenüber nur auf die Erklärung beziehen, die ich am 27. November (Morgenausgabe) in der „Freiheit“ abgegeben habe.

Es hat ferner nie ein Staatsanwalt mit mir über Herrn Georg Elzard gesprochen, und endlich ist die Behauptung, daß die Polizeiklasse (also eine Staatsklasse) von Herrn Elzard eine

Waffenliste „gepumpt“ habe, eine Lüge und oberflächlich ein solch offener Blödsinn, daß es beschämend ist, darauf überhaupt öffentlich antworten zu müssen. Wer aus ein wenig von der Polizeibewachungsorganisation Bescheid hat, wird nach dieser Behauptung den Wert der Angriffe einschätzen können.

In den ersten Wochen nach der Revolution war in den Verwaltungsbüros der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten ein Herr Heinrich Elzard tätig, auch mit ihm habe ich keine „enge Beziehung“ gehabt, denn ich konnte mich um untergeordnete Angelegenheiten der Verwaltung naturgemäß nicht kümmern, und ich verbandete in Angelegenheiten der Sicherheitswehr auch nur allein mit dem Solonrat. Ausdrücklich sei noch bemerkt, daß alle geschäftlichen und finanziellen Maßnahmen durch die Polizeikasse liefen, die unter selbständiger Verwaltung und unter Kontrolle des Ministeriums des Innern stand.

Ein Ablenkungsversuch.

Der Marlopprozess hat von dem System des neudeutschen Militarismus ein so schauerhaftes Bild entrollt, daß alle Menschen mit Anstandgefühl von Ekel und Abscheu erfüllt wurden. Die literarischen Moskogardisten sind daher bemüht, die Öffentlichkeit von dem Prozeßergebnis abzulenken. Wie gehen dabei nicht fehl, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß diese Ablenkungsmanöver durch einen Wind von oben veranlaßt worden sind. Eine willkommene Gelegenheit dazu bietet der Prozeß, der zur Zeit in München gegen den Artilleriemajor Lindner stattfindet, der am 21. Februar im bayerischen Landtag die Schüsse auf Kuer abgegeben hat.

Natürlich markiert bei dem charakterlosen Treiben der „Vorwärts“ an der Spitze. Er behauptet in seiner gestrigen Abendausgabe, wir hätten im Februar „unser schändernde Hand“ über den Mörder gehalten und alle Feststellungen . . . mit dreier Seiten gelehnet.“ Es wäre unbedeutend, wollten wir uns mit dem „Vorwärts“ über diese Angelegenheit ernsthaft auseinandersetzen. Nicht also für ihn und seinen Moskogardisten, sondern für die anständigen Menschen stellen wir fest, daß die Begründung, die der „Vorwärts“ für seine Behauptung zu erbringen mag, gescheitert ist. Denn wir haben nicht nur das Attentat auf Sidner, sondern auch das Attentat auf Kuer in schärfster Form verurteilt und eine Untersuchung gefordert, die der Schuld der Schuldigen vor aller Öffentlichkeit aufdeckt.

Damit sollen alle weiteren Schlußfolgerungen des Moskogardisten in nichts zusammen. Sie werden durch Ton und Inhalt ganz von selbst als Modegetöse zerfallen, so ungeschickt, daß auch der Einfältigste den Bredel sofort erkennen wird.

Kessel und seine Handlanger.

Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Eugen Ernst, der früher einmal ein wirklicher Sozialdemokrat war und als solcher ein wertvolles Buch über das Epithelwesen verfaßt hat, gibt im „S Uhr-Abendblatt“ bekannt, daß er den Hauptmann v. Kessel für eine sehr schätzenswerte Persönlichkeit halte. Er habe sich als Polizeioffizier hervorragende Verdienste erworben und durch seine Tüchtigkeit alle anderen übertroffen.

Na also! Wir haben nie befürchtet, daß Herr Eugen Ernst von einem Mann wie Kessel in irgendeiner Form abgerückt würde. Tessen Verdienste liegen in erster Linie auf dem Gebiet des Epithelwesens, und gerade in dieses hat Herr Eugen Ernst jetzt so verfallen, daß er sich mit einer ganzen Schaar von Personen umgeben hat, die diesem ehrenwerten Beruf nachgehen.

Wir glauben ihm daher aufs Wort, daß es ihm sehr schwer fällt, sich von einem Kessel zu trennen. Er steht mit seinem Schmerz zum Bild nicht allein da und kann sich einen Trost bei dem Präsidenten der Preussischen Landesversammlung, Herrn Heinze, holen. Bei diesem hatte nämlich die Fraktion der U. S. P. folgende dringende Anfrage eingebracht:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Marlopprozess trat die völlige Unbrauchbarkeit des dort als Augenzeugen vorgekommenen Herrn von Kessel als Polizeioffizier klar zutage. — Was gebietet die Regierung zu tun, um die zum Schutze des Publikums bestimmte Polizei von solchen, eine öffentliche Gefahr bildenden Subjekten frei zu machen und frei zu halten?

Herr Heinze scheint dadurch in tiefster Seele getroffen worden zu sein. Er schickte die Anfrage mit folgendem Bemerken zurück:

Herrn v. K. Hoffmann zurückgegeben. Die Anfrage entspricht nicht den Ordnungsvorschriften. Ich bitte das Wort Subjekt aus der meinen Anfrage zu entfernen.

10. Dezember 1919. gez. Heinze
Demnach scheint also auch Herr Heinze den Kessel für einen Ehrenmann zu halten. Oder ist er der Auffassung, daß das Wort Subjekt durch Individuum ersetzt werden soll? Eine hingeworfene Bezeichnung ist nämlich in der deutschen Sprache nicht zu finden.

Reinhard geht!

Künftig wird bekanntgegeben: Oberst Reinhard habe mit dem heutigen Tage aus der Reichswehr aus. Er ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Reinhard ist also zur Disposition gestellt worden. Das ist die mildeste Form des Abtritts, die ich finden kann. Außerdem bekommt der Mann seine gesetzliche Pension, während die Angehörigen der auf Befehl Reinhardts ermordeten Matrosen heute noch nicht einmal die gestohlenen Sachen zurückbekommen haben, geschweige denn gar, daß ihnen ein wenig Entschädigung gezahlt worden wäre. Doch dies nur nebenbei. Die Hauptfrage ist: Ob Reinhard hat den Befehl zur Erschießung der Matrosen gegeben. Nach seinen Wünschen hätten nicht 30, sondern mindestens 150 Mann erschossen werden. Er hat sich also der Anstiftung zum Mord schuldig gemacht und verdient die Angeklagtenbank. Denn Verbrecher ist Reinhard!

Der Betriebsrätenausschuß der Nationalversammlung legte 200 Beschlüsse auf 15 Jahre fest. Wählbar zum O. Reichsrat sollen Arbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von mindestens 24 Jahren sein.

Zur Abwehr.

Der kommunistischen Zentrale ist Hilfe geworden. Die kommunistischen Führer waren zuerst das Opfer ihrer revolutionären Utopie, ihre Utopie, ihre Verherrlichung jedes wilden Streifs, mochte er auch unter noch so ungünstigen Umständen unternommen werden, hatte schließlich die kommunistische Partei weiter getrieben als ihre Führer wollten, und als diese zu bremsen suchten, war es zu spät. Sie waren völlig einflusslos geworden und was noch von Arbeitern in den kommunistischen Reihen stand, folgte dem unheimlichen und unheimlichen Lügen. Die kommunistische Zentrale bestand in der Tat aus Offizieren ohne Kräfte und an ihr verwickelten sich jene hässlichen Prophezeiungen, die sie selbst und ihre Moskauer Oberen über die Unabhängige Sozialdemokratie unabhängig hinausgerufen und hinausgeschimpft haben.

In dieser Not haben sie sich an Moskau um Hilfe gewandt und Lenin selbst eilte der Zentrale zu Hilfe. In einem vielstimmigen Aufruf entschied Lenin über alle Fragen der deutschen proletarischen Taktik. Zuerst kommt die gewohnte Schimpfkanonade auf die Unabhängige Sozialdemokratie und die große Kampagne für die „einzigen wahren Revolutionäre“, die Kommunisten. Dann spricht Lenin sein Machtwort:

Vom Standpunkt der marxistischen Theorie, wie vom Standpunkt der drei Revolutionen 1905, Februar 1917, Oktober 1917 halte ich die Ablehnung der Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten, an den reaktionären Gewerkschaften, den Gewerkschaften Beglückens, Comperes usw. für falsch.

Lenin legt dann dar, daß die Bolschewiki wiederholt ihre parlamentarische Taktik geändert haben, sich aber stets an den Gewerkschaften beteiligt haben und sagt dann weiter:

Wenn man sich hinsetzt in diese komplizierte, schwierige, langwierige, an mannigfaltigen Formen und an solchen Wendungen und starken Übergehungen von einer Form zur anderen, so überaus reichen Geschichte des Kampfes des Proletariats um die Macht, so wird der Fehler derer klar, die die Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten, an den reaktionären Gewerkschaften oder Scheidemännchen Arbeiterkomitees oder Gewerkschaften usw. beabsichtigen. Dieser Fehler ist hervorgerufen durch die revolutionäre Unerfahrenheit, durch die Unklarheit, durch die Unklarheit der Revolutionäre aus der Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen die Vertreter des Sozialismus, die Scheidemänner und Kautskaner, muß ein rücksichtsloser sein, aber er muß nicht auf dem Boden: Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten, an den revolutionären Gewerkschaften usw. oder Boykott dieser Organe — gekämpft werden. Das wäre ein unbedingtes Mißgeschick. Ein noch größerer wäre die Zurückziehung von den Ideen des Marxismus und von seiner profitorischen Linie (eine feste, generalistische Partei) zu Gunsten der Ideen und der Praxis des Sozialismus. Man muß dennoch streben, daß die Partei an bürgerlichen Parlamenten, an den reaktionären Gewerkschaften, an den Scheidemännern verurteilten und isolierten Gewerkschaften teilnimmt, sie muß überall sein, wo es Arbeiter gibt, wo man zu Arbeitern sprechen, wo man die Arbeiterklasse beeinflussen kann.

Soweit, so gut und vielseitig werden die antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Konfusionen Lenins jetzt das glauben, was wir ihnen längst gesagt haben. Und wenn es der kommunistischen Zentrale gelingt, die Wirkstoffe in den Reihen der kommunistischen Partei von Dummköpfen abzuhalten und sie vor Schaden zu bewahren, wird das sicher recht nützlich sein.

Aber Lenin begnügt sich keineswegs mit diesen Ratungen an die Kommunisten. Er verbindet damit wiederum eine Warnung an unsere Partei, die wegen ihrer Unabhängigkeit denn doch einmal eine Abwehr verlangen. Wir müssen über die Bolschewiki, deren ungeheure Rolle wir kennen, nur mit großer Zurückhaltung zu sprechen. Wir müssen uns dazu auch verpflichten, weil wir uns mit dem russischen Proletariat solidarisch fühlen, jeden Angriff auf den Sowjetrußland durch die Bourgeoisie für einen Akt der Gegenrevolution halten und meinen, daß das westeuropäische Proletariat in diesem Kampfe zur bedingungslosen Unterstützung des russischen Proletariats verpflichtet ist. Es kann aber andererseits unmöglich so fort gehen, daß die Moskauer die Unabhängige Sozialdemokratie, die in Wirklichkeit die Führerin des revolutionären Sozialismus in Deutschland ist, unabsichtlich beschimpfen und sie bewußt zu isolieren versuchen. Lenins Aufruf stammt vom Oktober, und wenn auch Lenin sagt, daß Nachrichten aus dem Auslande nur selten nach Rußland kommen, so muß er doch genügend über unsere Verhältnisse orientiert sein, um zu wissen, daß seine Schimpferien über die Unabhängige Sozialdemokratie das Gegenteil der Wahrheit sind. Lenin ist gegenüber den scharfen prinzipiellen Gegensätzen im kommunistischen Lager außerordentlich duldend. Das alles sind nur Wachstumschwierigkeiten, die bald überwunden werden. Um so freudiger geht er mit der U. S. D. ins Gericht. Die deutschen Kommunisten sind die einzigen ehrlichen und aufrichtigen Sozialisten, die einzigen, die den Namen Revolutionäre wirklich verdienen. Die Unabhängigen aber werden als „kleinbürgerliche Demokraten“ und „Scheidemänner der gegenrevolutionären Bourgeoisie“ mit den Scheidemännern in einen Topf gemorfen. Lenin macht dabei zwischen rechten und linken Flügel wenig Unterschied.

Dieser linke Flügel aber vereint — ideenlos und selbsteig — die alten Vorurteile des Kleinbürgerrechts aber parlamentarische Demokratie, mit kommunistischem Bekenntnis zur proletarischen Diktatur, zur Mäxokratie.

Die Führer der Unabhängigen bekennen sich zu allem nur mit Worten, unter dem Druck der Massen. In Wirklichkeit bleiben die „kleinbürgerliche Demokraten“, „Sozialisten“ des Schöges Louis Blanc und der anderen Narren des Jahres 1848, die Marx so rücksichtslos veracht und gebannt hat.

Wir haben es nicht notwendig, unsere Partei gegenüber diesen Angriffen zu verteidigen, darüber hat die Geschichte geurteilt, die uns zur stärksten sozialistischen und revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands gemacht hat. Es wäre traurig um die deutsche Arbeiterbewegung bestellt, wenn sie Kommunisten wirklich die einzigen Revolutionäre und die einzigen wirklichen Sozialisten in Deutschland wären.

Aber man muß gegenüber diesen ewigen Bannflüchen doch einmal fragen, woher denn die Bolschewiki die Legitimation zu ihren Mäxerprüchen hernehmen. Es muß doch einmal gesagt werden, daß ihre Prinzipienreinheit wesentlich ein Exportartikel ist, während sie in Rußland selbst zu allen möglichen Konzeptionen bereit sind. Wir werden dabei

gar nicht von ihrer Stellungnahme gegenüber dem Parlament, wo sie zunächst die Wahlbeteiligung erwarteten und dann wieder abgewandert, zunächst die Einberufung der Nationalversammlung für Rußland verlangten und dann sie auszuweichen ließen. Das mögen alles lausliche Mühsaligkeiten sein. Aber wie steht es denn mit den sozialistischen Grundfragen? Haben nicht die Bolschewiki das sozialistische Program vollständig fallen gelassen und sind sie nicht diejenigen gewesen, die das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden in Rußland vertrieben und

Arbeiter! Parteigenossen!

Noch lobt die Reaktion, noch herrschen Militarismus und Nationalismus. Ein Skandal folgt dem anderen. Nach dem Balkum-Abenteuer der Marlow-Prozess, in dem Recht und Menschlichkeit niedergedrückt wurden von militaristischer Eisenstrickigkeit und gegenrevolutionärer Gemeinheit. Hier zeigte sich im klarsten Lichte die enge Verbindung der Rechtssozialisten mit der Gegenrevolution.

Was ist hier zu tun?

Die Klassenbewußte, revolutionäre Arbeiterschaft muß diesem Treiben ihren entschiedenen Kampf ansagen. Immer und immer wieder müssen wir den unaufgeklärten Massen die Lüge und Heuchelei der Junker und Bourgeois, die verätherische Politik der Rechtssozialisten vor Augen führen. Das ist die Aufgabe der revolutionär-sozialistischen Presse. Sie wird diesen Kampf um so nachdrücklicher und aussichtsreicher führen können, je stärker und finanziell kräftiger sie dasteht. Diese Stärkung und Festigung der sozialistischen Presse, in unserem Falle der „Freiheit“ ist zu erreichen, wenn jeder Genosse und jede Genossin auch

Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ wird

Jedes Mitglied der U. S. P. D. kann die Mitgliedschaft erwerben. Jeder Anteil kostet auf 20 Mark. Durch die ratenweise Zahlung in Beträgen von je 5 Mark ist es auch dem Genossen mit bescheidenem Einkommen ermöglicht, sich am Ausbau seiner Zeitung zu beteiligen.

Beitrittserklärungen für die Genossenschaft sowie Zeichnungen auf Anteilsscheine werden entgegengenommen:

1. In der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Schiffsbenderdamm 19,
2. In allen Filialexpeditionen der „Freiheit“,
3. In allen Bureaus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
4. Bei allen Bezirksführern, besonders am Zahlabend und
5. Überall dort, wo Werbeplakate zum Beitritt in die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ ausgehängt.

Arbeiter! Parteigenossen!

zeigt, daß ihr revolutionäre Sozialisten seid, haltet mit am Ausbau Eurer Presse.

Werdet Mitglieder der Verlagsgenossenschaft der „Freiheit“.

damit das Prinzip des Privateigentums entgegen allen sozialistischen Grundfragen in Rußland außerordentlich befestigt haben? Und haben sie nicht auf dem Gebiete der Industrie den bürgerlichen Produktionsleitern, den Technikern und sonstigen hochqualifizierten Arbeitskräften, entgegen ihrem ursprünglichen Programm, die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, so daß heute in der russischen Fabrik wieder die allerstärksten Einkommensunterschiede vorhanden sind?

Die Bolschewiki können mit Recht sagen, daß sie sozialistische Grundfragen auf diesen Gebieten nicht verwirklichen konnten, weil der Zwang der ökonomischen Verhältnisse dem entgegenstand. Aber die Bolschewiki wissen recht gut, daß die sozialistische Taktik anderer Parteien in gleicher Weise solchem Zwang unterliegt und ihr ewiges Geschrei über Prinzipienverrat ist deshalb sehr wenig angebracht.

Aber wie steht es denn mit der Stufenreinheit der Bolschewiki in bezug auf das Rätesystem? Wir können nicht sicher beurteilen — und wir urteilen nur auf Grund eingehender Informationen —, ob es richtig ist, wenn gesagt wird, daß vom politischen Leben in den russischen Arbeiterpartei wenig zu spüren ist, daß in Rußland heute die Diktatur des Proletariats reduziert ist auf die Diktatur der Partei der kommunistischen Partei. Sicher ist dagegen, daß auch das wirtschaftliche Rätesystem von den Bolschewiki stark durchbrochen ist, daß in einer Anzahl wichtiger Betriebe sehr gering geworden ist. Diese Industrien werden vielmehr von einer sehr autoritären geleiteten Zentralstelle mit Hilfe einer ausgebildeten Wirtschaftsbürokratie geleitet.

Die Bolschewiki täten daher besser daran, und mit ihrer Kritik zu verschonen und unseren Kommunisten nicht ein so schlechtes Beispiel für ihre Schimpereien zu geben. Ihr immer wiederholter Versuch, unsere Partei zu spalten, den linken gegen den rechten Flügel zu verkehren und gegen einzelne Personen ein persönliches Rachestreben zu inszenieren, wird aber, wie wir hoffen, an der Einsicht unserer Arbeiterleitern. Und das wird nicht nur für unsere Partei, sondern auch für die Bolschewiki ein Mißgeschick sein, denn jede Schwächung unserer Partei ist heute in Deutschland eine

Schwächung der revolutionären Kraft des Proletariats und damit der einzigen Partei, die imstande ist, die Feinde der Bolschewiki in Deutschland im Schach zu halten.

Die Zentrumskomödie.

Die Unmöglichkeit der gegenwärtigen Regierung wird durch nichts besser illustriert, als durch ihre fortgesetzten inneren Krisen. Beständig frucht es in dem morgigen Gefühl und wenn man das Gebäude an der einen Stelle notwendig abgebrochen zu haben glaubt, stürzen an einer anderen wieder neue Nisse in der Wand. Eben erst hat man im Reich durch das Kompromiß über das Betriebsratsgesetz die Gegenüber ein wenig verleiht, da entspringt sich im Reichen der Streit um die Stellung der Sozialisten in den Schuldeputationen. Die Ministerialen wollen entgegen der Forderung der Sozialdemokratie den Parteien ihr altes Privileg erhalten und ihre Zugehörigkeit zur Schuldeputation nicht von einer Wahl abhängig gemacht wissen.

Das Zentrum hat bis zur Stunde noch sehr frohig und entschlossen und seine Wortführer versichern, daß sie es eher auf dem Bruch würden aufnehmen lassen, als ein Zota von ihrem Prinzip preisgeben. Aber es wird gut sein, die Drohung nicht allzuernst zu nehmen. Hinter den Kulissen wird eifrig gekübelnd, und wir dürfen mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Streit durch irgendein Kompromiß aus der Welt geschafft wird. Die Zentrumspartei denkt in Wirklichkeit um so weniger davon, es zum äußersten zu treiben, als selbstverständlich eine Auflösung der Koalition in Preußen, die im Reich noch sich ziehen würde, und es ist nicht mehr als unwahrscheinlich, daß Herr Erberger die Absicht haben sollte, in diesem Augenblick auf seine Stellung zu verzichten. Den gefährlichsten Händen dieses Vermittlers wird es schon gelingen, die Fäden wieder zu knüpfen und die Sache im Lot zu halten.

Aber die Sozialdemokratie wird einen Preis für die Erhaltung des Friedens zahlen müssen, sei es nun auf dem Gebiet des Schulwesens, sei es in einer anderen Frage, die den Ministerialen am Herzen liegt, und damit ist dann der Hauptzweck des Bestrebens erreicht. Das Zentrum verfolgt mit seinem immer wiederkehrenden Oppositionsgeist in erster Linie die Absicht, den Verbündeten seine Unentbehrlichkeit darzutun. Es will ihnen benehmen, daß es mit ihnen nicht verkehrbar ist, und daß keine Treue aus taktischen Erwägungen entspringt. Es kann auch anders und es wird anders wollen, sobald ihm der Moment günstig erscheint. Bis dahin wird es aus seiner Stellung in der Regierung so viel Vorteile als möglich schlagen und außerdem die Sozialdemokratie, die genötigt ist, eine Politik von Fall zu Fall oder besser gesagt, von Unfall zu Unfall zu treiben, nach Kräften kompromittieren.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Mitteilung des Deutschen Tageszeitung, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit sei beschlossen worden, unrichtig sei. Ein Gesetzentwurf darüber sei bereits fertiggestellt und werden in kürzester Zeit dem Reichstag und der Nationalversammlung zur Verlesung zugehen.

Die Befreiung reaktionärer Vorkräfte erfordert im Lande der vollendeten Demokratie unendlich viel Zeit. Viel schneller geht es, wenn Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiter scharfgeht oder für die Sicherung der Gegenrevolution scharfgeht werden soll. Dazu zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit überhaupt noch so lange Vorbereitungen notwendig waren, ist einigemmaßen rätselhaft. Will die Regierung etwa auf Umwegen eine neue militärische Sonderjustiz schaffen?

Die Spigelmärchen.

Von offizieller Seite wird mitgeteilt, daß die Nachkäufe über neue „Aufschieberische“ der Kommunisten jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Das hindert den „Lokal-Anzeiger“ aber nicht die Redaktionen königlicher Mäxer wiederzugeben, manoch sich Kommunisten in Taktik mit der Orientierung in Verbindung gesetzt hätten, um dort Unruhe zu beginnen. Dazu läßt sich das Volk von zuständiger Seite noch mitteilen, daß Vorkehrungen getroffen seien, um „verbrecherische“ Pläne der Kommunisten“ zu vereiteln.

Wir müssen immer wieder betonen, daß diese Spigelmärchen offenbar nur zu dem Zweck in die Welt gesetzt werden, um die Aufmerksamkeit von den Ergebnissen des Marlow-Prozesses abzuwenden und Stimmung für neue reaktionäre Pläne zu schaffen.

Ein interessanter Prozess.

Berlin, 11. Dezember. Oberstaatsanwalt Krause teilte mit, daß er gegen den verurteilten Redakteur der „Freiheit“ wegen Verleumdung des Ersten Reichspräsidenten Dr. Reismann und des Staatsrats Dr. Bumbach, mitteilen in einem Artikel des Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

Wir können nur noch einmal betonen, daß wir die gesamte Prozess mit großem Interesse entgegensehen!

Ende des amerikanischen Kohlenstreiks.

Indianapolis, 11. Dezember. (Neuter.) Der Kohlenstreik ist beigelegt.

Wegen die Wohnungsnot. Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung verabschiedete eine Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot. Danach können an Stelle der ordentlichen Gerichte zur Entscheidung über Streikstreifen bei Entschädigung für entlegene Grundstücke von den Reichsregierungsbehörden lokale Wohnungsbehörden eingesetzt werden. Letztere werden Bestimmungen getroffen gegen den Schleichhandel mit Bauhoffen. Außerdem können die Wohnungsministerien Plegieren und andere Bauhoffen zur Wiederaufnahme des Betriebes zwingen. Ferner wurde die Ortswahl der Verordnung zum Schutz der Arbeiterangelegenheiten der Wohnungsnot verhängt. — Der Ausschuss für Wohnungstagen wurde in seiner ersten Sitzung von dem Reichspräsidenten Dr. Glag aus dem Arbeitsministerium über den Umfang der Wohnungsnot und die Mittel zu deren Abhilfe, sowie des Regierungsrats Boni über die preussische Wohnungs- und Landbedarfsplanungspolitik. Der Ausschuss wird beim Präsidenten der Nationalversammlung beantragen, daß ihm wie dem Volkswirtschaftsausschuss das Recht eingeräumt werden soll, Verhandlungen der Regierung für die Übergangszeit Geschäfte zu betreiben.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Berlin, Oranienstrasse 58a

Kreuzfuchse Alaska-Blaufuchse Ia von 90- bis 325.- Mark.
Gelegenheitskäufe in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Warenpelzen. — Großer Posten Herren-Anzüge, Paletots von 85-250 Mark, hochlegant. — Gelegenheiten in Damen-Kostümen, Pflichten- und Astrachan-Mänteln. — Ferner im Lombard verlassene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen usw. unter Taxipreisen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne, Theater am Görlitzplatz, 7 1/2 Uhr: Der Schwarzkönig.

Opernhaus, 7 Uhr: Violetta.

Schauspielhaus, 6 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Deutsches Theater, 7 1/2 Uhr: Jankows Traum.

Kammerspiele, 7 1/2 Uhr: Die Nichte der Pandora.

Brodes Schauspielhaus, 7 1/2 Uhr: Orsotto (11. Abt.).

Röhlwitzer Straße, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Komödienhaus, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Studenten, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Lessing-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Deutsches Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Residenz-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Das höhere Leben, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Trianon-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Maskerade, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Casino-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Schnieps Lene, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Hannes Operettenhaus, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Die Dame vom Circus, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Walhalla-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Schöne Wetzstein.

Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Wintergarten, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Apollon-Theater, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Unübertreffliches Varietè-Programm, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Circus Busch, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Fortuna-Lichtspiele, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Seine Beichte, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Die Rieplomme, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Schaubühne Moritzplatz, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Herausforderungskampf, 7 1/2 Uhr: Die im Sekundum Leben.

Karbid-Lampen

Garantiert keine Explosionsgefahr!

Karbid-Tisch-, Hänge- und Sturmlampen in schönster und modernster Ausführung.

Karl Gehring, Spezialhaus f. Karbidbeleuchtung.

1. Geschl. Weberstraße 32.

Verkauf an Engrospreisen.

Händler Spezialortsteine einholen.

Karbid stets am Lager, Kilo 2.70 Mark.

Ueber Tagespreis zahlt

Platin, Gold, Silber, Platinzähne nicht unter 6,50 Mark.

Linke, Blücherstraße 40.

Port. II, 2 Treppen, 8-8 Uhr.

Quecksilber und Silbernitrat

Verkauf direkt an Private Goldwaren-Fabrik.

Weinstock G. m. b. H.

Centrale: Berlin, Mohrenstr. 16.

Alexanderstraße 14a, nahe Jagowstraße.

Charlottenberg, Steinlager Pl. 5, a. M. Durland.

Tauchaerstr. 6, Schöneberg, Friedrichstraße 11.

Achtung! Geöffnet von 9-6 Uhr, kein Laden.

TRAURINGE

14kar. Gold 865 gestempelt, 8 kar. Gold von 11.29,75 an.

VERKAUF DIREKT AN PRIVATE Goldwaren-Fabrik.

Weinstock G. m. b. H.

Centrale: Berlin, Mohrenstr. 16.

Alexanderstraße 14a, nahe Jagowstraße.

Charlottenberg, Steinlager Pl. 5, a. M. Durland.

Tauchaerstr. 6, Schöneberg, Friedrichstraße 11.

Achtung! Geöffnet von 9-6 Uhr, kein Laden.

Transportversicherungen

Feuer, Einbruchdiebstahl, Streik, Aufruhr, Plünderung usw.

ca. 4 Milliarden Mark.

Dr. Heymann & Dettmann,

Berlin W 8, Kanonierstr. 1.

Vertreter werden ortsüblich unterstellt.

Alte Gebisse bis 1000 Mk.

Platina-Zähne nicht unter 7,- Mk., Gold, Silber, Platina.

Zahle mehr wie Hotel-Aufkäufer.

Frau Knuth, Zionskirchstraße 84, vorn II.

Spezial-Arzt

Dr. Löser senior, Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Nerven-, Frauenleiden.

Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Liliensstraße.

ALT GOLD

Ringe und Ketten knuft höchstzahlend.

Suchen Sie ein Weihnachtsgeschenk?

Portrait-Vergrößerung.

Dr. Frankfurt Str. 144.

Silberaschen

Silberbräun, silberne Zigarettenboxen, silberne Bestecke.

Der Nachbarin weiterzählen!

Jedes Stück eine Gelegenheit!

Wundervolle Plüschmäntel 64,50.

Astrachanmäntel 275,300 M. Warme Ulster 95, 135 M.

Dicke Flauchmäntel 268, 310 M.

hochlegante Seidenkleider, schwarz, marie und viele Farben 2,- 6, 250, 500 M.

wandervolle Halbe- und Tanzkleider 198, 238, 285, 450 M.

Wollkleider, Rücke aus Wolle & Seide, Stoffröcke 25,50, 37, 45 M.

Warme Unterröcke, Morgenröcke, hübsche Crinolide-Chinesen 39,50, 75 M.

Backischalster 65, 80, 90 M.

Gediegene Pelzmäntel, Pelzkragen und Muffen.

Gelegenheitskäufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Gelegentlich Käufe Michaelis, Hauerstr. 80.

Beste Karbidlampe

mit Garantie mit Messingventil und Messinggewinde.

Geruchlos, helles Licht.

Billiges Brennen.

Karbid kg 2.55 Mk.

Gedr. Brendel

Schönhauser Allee 145 (Ecke Kastanienallee).

Humboldt 4125 u. 4126.

Mk. 22,50.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Zähne von 3 M. durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Herren-Garderobe Anzüge, Paletots, Ulster.

größte Auswahl, besonders preiswert Teilzahlung gestattet!

Beiser, Lohninger Str. 67.

Offene Stellen

Leiter des Statistischen und Presseamtes.

Die Stelle des Leiters des bei der hiesigen Stadtverwaltung...

Der Magistrat.

Expedient gesucht!

Junges, tüchtiges Parteigenosse der hiesigen in gleicher Stellung tätig war...

Charlottenburg!

Botenfrau für Suarez, Windschild, Witalbenow.

Kantstr. sofort gesucht. Weißstr. 63, Expedition.

Botenfrauen

Spektion Bartsch, Tempelhof, Wendorferstr. 30.

Spickermann, Marienstraße 20.

Gerhard, Karlsruherstr. 55.

!!! Gold !!!

Für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise!

Elektrische Leitungsarbeiten.

Kabel - Litzen.

Dynamometer-Kilometerzähler.

Elektrische Leitungsarbeiten.

Kabel - Litzen.

Dynamometer-Kilometerzähler.

Elektrische Leitungsarbeiten.

Kabel - Litzen.

Dynamometer-Kilometerzähler.

Elektrische Leitungsarbeiten.

Kabel - Litzen.

Dynamometer-Kilometerzähler.

Elektrische Leitungsarbeiten.

Kabel - Litzen.

Zochers Lichtspiele und Kaffee

Wrangelstr. 53, Eingang Falkenbergstr. 11.

„Die Verführten“ (Wie grausam das Leben spielt.)

Ferner: „Der Juwelensmarder“ von San Francisco.

Nau eröffnet! Im Kaffee Erste Etage.

Musikalische Darbietungen der allbekanntesten Kapelle Polze, bei freiem Entree.

Eichhofbauer

Volks-Varieté Werschauer Straße 34/36.

Internationaler Boxkampf.

Herausforderungskampf.

Varieté „Bedienten-Streiche“.

Tanzmaitre

mit Anhang besucht, Nacht bevorzugt. Auch ist der Saal noch für einige Sonnabende zu vergeben.

„Deutscher Kaiser a. D.“

Am Spandauer Schiffschiffkanal, PLÖTZENSEE.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Spezial-Behandlung v. Geschlecht, Ha- u. Nerven-Krankheiten.

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Kupfer!

Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten.

Platin, Gold, Silber, Zahngesundheit.

Zahngesundheit durch glänzenden Zahnbau.

Regierung und Börsengewinne.

Aus Bonnfreien wird uns geschrieben:
Wiederholt ist an dieser Stelle auf die Bedeutung der Auslandswerte für die Bezahlung unserer Einkäufe im Ausland hingewiesen, wiederholt auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, die dem Steuerfiskus aus der Freilassung der Auslandswerte entstehen, ohne, daß je von den zuständigen Stellen auf unsere Anregungen irgendwie eingegangen worden wäre. Wir erwarten dies auch nicht im nachfolgenden Falle, der gerade zwei Bestimmungen be-
trifft, die in ihrer wechselseitigen Wirkung geradezu als grotesk zu bezeichnen sind.

Mit dem 1. Dezember ist nämlich das sogenannte De-
votagegesetz in Kraft getreten, wonach jeder Eigner von Wertpapieren gezwungen ist, diese bei einer Bank zu hinter-
legen, um seine Kupons zur Einlösung bringen zu können. Man will durch diese Maßnahme verhindern, daß Steuer-
pflichtige ihre hinterzogenen Kapitalien in Wertpapieren an-
legen und hieraus noch ungestraft einen Zinsgenuss er-
halten. Man glaubt auch hierdurch große Beträge feststellen
zu können, die dem Steuerfiskus in den letzten Jahrzehnten
hinterzogen worden sind, da jetzt die Banken verpflichtet
sind, ein Verzeichnis ihrer Devisenkunden einzureichen. Wie
weit das gelingen wird, ist sehr fraglich. Für die Zukunft
bedeutet es sicher an sich eine Erleichterung in der
Steuerhinterziehung.

Mit dem gleichen Tage erfolgte aber auch die Auf-
hebung der im März d. J. erfolgten Beschlagnahme
der Auslandsrenten. Was war nun die Wirkung
der beiden vorher angeführten Bestimmungen? In dem
Rückgang aller Wandbriefe, Industriebobligationen und
Stadtbanleihen, kamen in den letzten Wochen die riesigen Ver-
kaufsaufträge zum Ausdruck, die aus solchen der Steuer-
behörde veräußerten Vermögen stammten. Natürlich
verkauften all diese Steuerhinterzieher aus Furcht vor
Erfolg und Kontrolle ihre Papiere noch vor dem 1. De-
zember, und nun nahm sich der Staat ihrer freigegebenen
Werte insofern in liebevoller Weise an, als er ihnen die
Anlage in den wohl auch nach der Meinung dieser Leute
sichersten Wertgegenständen, indem er die Auslandsrenten
wieder freigab. Um einen herkömmlichen, argentinischen oder
chilenischen Kupon einzulösen, braucht man nämlich nicht
eine deutsche Bank, sondern kann dies im Ausland be-
wehren.

So setzte denn gleich am 1. Dezember an den deutschen
Börsen ein Riesengeschäft in diesen Auslands-
werten ein und war zu Kurzen, die zum Teil 400 bis
600 v. H. über denen vom März bei der Geldaufnahme
liegen. Man muß zugeben, daß diese Kurssteigerung zum
Teil durchaus in sich begründet ist und mit dem weiteren
Rückgang des Wertes der Mark zusammenhängt, und noch
zum Teil weit unter dem Preis für die betreffenden Pa-
piere an den Auslandsbörsen liegt, aber dieser unver-
hältnismäßige Gewinn dürfte nicht den Inhabern, vielmehr zu
einer eigenen größten Ueberraschung, ausgeschüttet werden.
Wieder mußte, wie noch weiter unten gesagt wird, der All-
gemeinheit zugute kommen.

Die Regierung hat angeblich nur einen kleinen Teil
der letzterzeit von ihr beschlagnahmten Werte im Ausland
verkauft können. Das ist an und für sich für Hochkreise
schwer verständlich. Aber geradezu unerfindlich ist es,
warum sie nun den größeren Rest, der Milliardenwerte dor-
thier, wieder freigibt. Wohl besteht noch das Ausführverbot
für diese Wertpapiere bis zum Ende dieses Jahres. Aber
man wird sich doch wohl trotz der bestehenden Zensur und
der Postprüfungsstellen, keiner Täuschung hingeben, daß es
genau Wege gibt, um die Effekten ins Ausland zu bringen,
genau wie es mit denen geschehen ist, die entgegen der
seinerzeitigen Bestimmungen gar nicht angemeldet worden
waren. Es ist weiter unverständlich, warum die Regierung
sich die Kurssteigerung der Papiere nicht selbst zuruche

macht, resp. das Schädliche daran verhindert. Wenn die
Werte wirklich nicht zu verkaufen waren, so konnte man sie
doch als Unterlage für Kredite benutzen. Auf der
anderen Seite tragen die Umstände in diesen Effekten wieder
zur Geldvermehrung und Schaffung neuer Papiervermögen
bei. Um ein Beispiel anzuführen: Der Käufer von
10 000 Pesos hundertprozentiger Buenos-Airer-Stadtbanleihen zahlte An-
fang dieses Jahres hierfür 17 000 Mark und erhält heute
etwa 110 000 Mark dafür. Riesige Vermögen werden
also an verhältnismäßig kleinen Nominalbeträgen verdient.
Die Kaufkraft einzelner Schichten nimmt zu, damit ihr
Lebensaufwand, der schließlich wieder zur Verteuerung der
Brotkörbe und der Verschlechterung unserer Valuta beiträgt.
Die Banken arbeiten lieberhaft. Täglich werden bei der
scheinbar glänzenden Konjunktur neue Bankgeschäfte gegrün-
det, die durch ihre betrübliche Tausende einer wirklich produ-
ktiven Beschäftigung entziehen. Die Miliere bei Post, Tele-
graph und Telefon fällt ohne Zweifel zum großen Teil
auf das Schuldkonto des Bankens- und Börsenverkehrs, aber
seine Interessenten verdienen Vermögen und die
Verwalter der amtlichen Stellen aus ihren Kreisen müssen
— nur das macht den Vorgang psychologisch verständlich —
bei ihren Gutachten hierüber beeinflusst werden.

In Nr. 416 der „Freiheit“ ist Ende August gefordert
worden, daß auch die ausländischen Aktien beschlagnahmt
werden müßten, und ist besonders auf die in Deutschland
vorhandenen großen Beträge der kanadischen Pacific-Eisen-
bahn verwiesen worden, deren Kurs sich damals auf
450 v. H. stellte. Es ist gefordert worden, daß sie sehr wahr-
scheinlich in kurzer Zeit auf 800 v. H. steigen würden. Und
in der Tat sind sie, da auch inzwischen die Valuta wieder
gestiegen ist, auf etwa 1100 v. H. gestiegen. Die Regierung
behält sich angeblich eine spätere abermalige Beschlagnahme
der Auslandsrenten noch vor, aber je höher die Kurse sind,
desto schwieriger und erfolgloser wird sie sein. Und je später
sie erfolgt, desto geringer ihr Nutzen.

Das Valutaproblem wird durch die hier angeführte
Frage nicht zu lösen sein. Aber es muß erhoben, wie
schärfertig mit den wenigen noch vorhandenen
Mitteln, die zur Vinderung der Valutanot beitragen
könnten, umgegangen wird und wie die Vorteile, die ihr
Besitz gewährt, einigen wenigen zugute kommen, die Ver-
mögen dadurch anhäufen und diese angehäuften Vermögen
dem Steuerfiskus entziehen können, anstatt daß sie im Ge-
samtinteresse vernünftig verbraucht werden.

Die Inkeratensteuer.

Der ungeheure Finanzbedarf des Reiches soll nicht,
wie das sozialistische Grundrindem entzweigen würde,
allein durch direkte Steuern aufgebracht werden, die
von den tragfähigen Schultern zu leisten sind, sondern
auch durch indirekte Steuern, die die minderbemittelte Be-
völkerung stärker belasten. Zu diesen indirekten Steuern,
die einen großen Teil des Finanzbedarfes des Reiches er-
geben sollen, gehört vor allen Dingen die Umsatzsteuer, die
jetzt im Ausschuss der Nationalversammlung beraten wird.
Jeder Verbrauch wird durch diese Steuer belastet, und mehr
belastet, als die Steuer beträgt, so daß eine erneute all-
gemeine Verteuerung aller Waren ihre
Folgen sein wird.

Ist die Umsatzsteuer an sich durchaus vorkommlich, so
sind jetzt im Ausschuss Bestrebungen im Gange, diesen
vorkommlichen Charakter noch zu verstärken. Unter
anderem ist ein Antrag gestellt worden, der Inkerate
einer Steuer von 10 v. H. unterworfen will. Der Antrag
ist gestellt von einem rechtssozialistischen Ar-
beitssekretär, der damit anscheinend den Beweis führen
will, wie fremd ihm das Wesen der Presse ist.
Eine Inkeratensteuer hat mit Sozialisierung der
Presse nicht das geringste zu tun, ist auch in ihrer Wirkung
etwas ganz anderes als ein Inkeratenmonopol, wie es die

Unabhängige Sozialdemokratie fordert, um dadurch den
kapitalistischen Charakter der Presse zu bekämpfen. Eine
Inkeratensteuer aber stärkt den kapitalistischen Charak-
ter der Presse und verhindert jede Möglichkeit, durch So-
zialisierung der Presse das Uebergewicht der Kapitalisten
über die öffentliche Meinung zu brechen.

Die Inkeratensteuer zeigt auch die typischen Wir-
kungen einer indirekten Steuer. Sie wird nicht von
denjenigen, die sie entrichten müssen, getragen, sondern
abgewälzt, so daß letzten Endes, da bei der herrschen-
den Knappheit von Waren dieser Abwälzungsdurch große
Ausflucht auf Erfolg hat, der Konsument sie in Ge-
stalt höherer Preise für die Waren tragen muß.

Daß die Rechtssozialisten auch in dieser Frage einen
völligen Umfall von ihrer früheren Anschauung vollzogen
haben, nimmt nicht Wunder. Aber dieser Umfall ist mehr
als jeder andere kennzeichnend für ihre Abkehr vom sozia-
listischen Grundsatze. Neben der Belastung der Konsumenten
durch die Inkeratensteuer, wird sie vor allen Dingen
auch die Existenz der Arbeiterpresse wesentlich erschweren
und als ein Hemmnis zur Sozialisierung der
Presse wirken.

Die Inkeratensteuer. Im Ausschuss der Nationalversamm-
lung für das Umsatzsteuergesetz wurde ein demokratischer Antrag
angenommen, wonach sich die Inkeratensteuer von 10 Prozent bei
den ersten 100 000 M. Einnahmen jährlich auf 2 Prozent, für die
nächsten 100 000 M. auf 3 Prozent usw. bis zu 8 Prozent er-
höhen soll. Die Plafasteuer wurde auf 6 Prozent festgesetzt.
Angenommen wurde auch die Umsatzsteuer von 10 Prozent für
Kaufkraftgewährung in Gasbädern, Pensionen usw., sowie
für die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren usw. Die Gas-
bädersteuer soll aus erhoben werden, wenn das Entgelt für den Tag
mindestens 2 M. beträgt.

Der Münchener Attentatsprozess.

München, 11. Dezember.

3. Verhandlungstag.
Landtagsabgeordneter Kienberger sagt aus: Man
wusste, daß am 21. Februar etwas kommen würde. Die Soldaten
des Landtags schrien überall herum: „Da könnt Ihr was erleben.“
Am dem Tag geht's los, da geht der Landtag in die Luft. Ich
habe bei dem Attentat sofort angenommen, daß es nicht von ein-
zelnen Personen ausgeht, denn die Landtagssache war im Zu-
sammenhang mit der Landtagssache. — Vorl.: Haben Sie die Mei-
nung, daß das Attentat auf den Landtag auch ohne das Attentat
auf Eisner gekommen wäre? — Zeuge: Ja, das ist mein per-
sönlicher Eindruck.

Der nächste Zeuge, Dr. Pfeiffer, sagt aus: Die Stim-
mung unter den Soldaten war seit dem Patrouillen-
auftritt am Mittwoch besonders schlecht. Auch nach der Ermordung Eis-
ners, als ich mich mit ihnen darüber unterhielt, waren sie noch sehr
empört über die milde Behandlung, die Kuer für die Patrouillen
hatte. Sie sagten: „Jetzt geht's los, da geht der Landtag aus dem
Gebäude noch mehr los.“ Auf den Gängen wurde schließlich ge-
schimpft, besonders auf die bayerische Volkspartei. Ich hörte u. a.
sagen: „Von der bayerischen Volkspartei haben wir jetzt gerade
genug herinnen im Haus.“ und „Den ersten von der bayerischen
Volkspartei, den ich erweiche, schlag ich den Schädel ein.“

Die Vernehmung des Abgeordneten Kiermann, des
Bürgermeisters von Bamberg, brachte einige auffehrende
Neuigkeiten über

Vorbereitungen zu einer militärischen Besetzung Münchens
am Tage der Eröffnung des Landtages.

Kuer sagte, die Situation wäre so, daß man besorgen müsse, es
komme am 21. etwas. — Vorl.: Woran schlossen Sie, daß es
etwas gebe? — Zeuge: Wegen des verunglückten Patrouillen-
auftritts. Ich hatte bei dem Attentat die Ueberzeugung, daß es sich
um ein Komplott handelte. — Staatsanwalt: Stimmt es,
daß unmittelbar nach dem 21. Februar Fraktionsbesprechungen
stattgefunden haben? — Zeuge: Am Nachmittage des 21. war
eine Besprechung. Man legte sich die Frage vor, wie militärische
Hilfe für München zu schaffen sei. Es wurde eine Deputation
abgesandt nach Ingolstadt, Regensburg und Ulm zu den Wärt-
ern, die damals in der Besetzung schon weiter

Jimmie Higgins.

Roman von Npton Sinclair.

Nach dem Manuskript übertragen von Hermine zur Mälen.

„Mein Gott!“ rief Jimmie. Für diese Errungenschaften
hatte er in der Empirefabrik gekämpft und war von Lacey
Granitch beschimpft worden, um ihretwillen hatte man ihn
ins Gefängnis geworfen, war er fast von Lüssen aufge-
essen worden! Und nun hatte die Regierung den Ar-
beitern zu diesen Rechten verholfen! Zum ersten Male in
Jimmies Leben schien ihm die Regierung etwas anderes
als ein Feind und Sklaventreiber zu sein.

„Wie hat Granitch sich dazu gestellt?“ fragte er.

„Er nahm es furchtbar schwer; drohte, sich zurückzu-
ziehen, die Fabrik der Regierung zu überlassen; als er je-
doch bemerkte, daß die Regierung gar nichts gegen diesen
Plan einzusetzen habe, gab er den Bluff auf. Und noch
etwas.“ Emil griff in die Innentasche seines Rockes und
zog einen Zeitungsausschnitt hervor. „Ashton Calmers
wobnte neulich einem Bankierbankett bei und hielt folgende
Rede; lesen Sie.“

Jimmie las im Behen erste Seite, die Emil mit Blei-
stift unterstrichen hatte. „Ob es uns bedauert oder nicht, wir
müssen einsehen, daß die alte Ordnung tot ist. Wir geben
einer neuen Kera entgegen, in der das Proletariat zu seinen
Rechten kommen wird. Wollen wir nicht als treibendes
Wort zurückbleiben, so müssen wir danach streben, auch
andererseits den Anbruch der neuen Kera zu beschleunigen,
sonst wird ihr Kommen von Verführung und Blutergießen
begleitet werden.“

„Großer Gott!“ rief Jimmie.

„Ja, Herrgott! Ich vor Stunden umgefallen, Sie hätten
die Bemerkungen der Zeitungen zu der Rede lesen sollen.
Es war, als ob der Herrgott im Himmel verrückt geworden
wäre und die Pfaffen dies in den Kirchen hätten verkünden
müssen.“

Eine Idee durchsuchte des kleinen Radikalen Gehirn,
erwachte seinen Freund beim Arm. „Emil, erinnern Sie

sich, wie Ashton Calmers und der alte Granitch zu unserer
Versammlung im Opernhaus kamen?“

„Ja.“

„Vielleicht ist dies die Wirkung.“

„Das ist recht wahrscheinlich.“

„Und ich habe ihm das Villett verkauft!“

Jimmie erbeute bis zu den Lebenszipfen. Dieses ist
der Lohn, der bisweilen die Seele des Propagandisten
segnet; er kämpft verzweifelt, von Spott und Hohn um-
brandet — und dann, plötzlich wie ein Lichtstrahl, wird ihm
die Erkenntnis, irgendwo, irgendwie bis zu eines anderen
Geist gedungen zu sein, daß er einen Eindruck gemacht
habe. Ashton Calmers hatte dem sozialistischen Gegner
gelauscht, war heimgekehrt, hatte gelesen, studiert, hatte die
Gewalt der um ökonomische Gerechtigkeit kämpfenden Welt-
bewegung erkannt, die Fessel seiner Klasse abgestreift, und
die Barriere durchbrochen. Als Jimmie die herrlichen
Worte des Bankpräsidenten las, war er näher daran, gegen
Deutschland in den Krieg zu ziehen, als je zuvor in seinem
Leben.

Siebentes Kapitel.

Jimmie Higgins ringt mit dem Versuch.

I.

Natürlich waren nicht alle Sozialisten Devoilles vom
Militarismus verhaftet, wie Emil Forster. Am Spätnach-
mittag traf Jimmie den Genossen Schneider, der von der
Branerei heimwärts strebte, und dieser war der Alte ge-
blieben, das gleiche rote deutonsische Gesicht, die gleiche tiefe
deutonsische Stimme, die gleichen wildempörten deutonsischen
Anfichten. Jimmie brauchte nur Emils Namen zu er-
wähnen und Schneider explodierte auch schon. Das will
ein Sozialist sein! Er hat ja nicht einmal warten können,
bis er genommen wird. Er mußte dem Erzähler nach-
laufen, macht jetzt Übungen am Stadtplatz, damit alle
sehen können, wie er den Affen spielt!

„Rein“ — sagte Schneider, seine Worte reichlich mit
Händen vermischt —: „Ich bin um meines Haardevotes
von meiner Ueberzeugung abgewichen, mögen sie mich ein-
herrn, wenn es ihnen beliebt, mögen sie mich vor die Ge-
schläufe stellen, in mich bringen sie keinen Militarismus

hinein!“ Dann erzählte der dicke Braunarbeiter, daß sein
Name auf der Musterungsliste stand, doch ließe er sich
nicht ins Heer einreihen, und wenn es sein Leben gelle!
Jimmie deutete an, der Grund hierfür sei vielleicht, daß
er eine Frau und sechs Kinder habe, doch war der andere
viel zu sehr in seine Tiraden vertieft, um Jimmies Einreden
zu bemerken. Er sprach weiter, kriege so laut, daß die
Leute auf der Straße seine Worte verstanden und ihn
schiel anblickten. Jimmie, der sich augenblicklich keineswegs
in einer Wärtver Stimmung befand, verabschiedete sich bald
von ihm und suchte die Weisners auf.

Der kleine Fischenpader lebte noch im gleichen Hause,
er hatte das obere Stockwerk an eine polnische Familie ver-
mietet, um der stets anwachsenden Lemierung finonjell
widerstehen zu können. Er empfing Jimmie mit offenen
Armen — klopfte ihm voller Freude auf die Schulter und
holte sofort eine Flasche Bier herbei. Er hatte an Jimmie
hunderterlei Fragen zu stellen und erzählte auch seinerseits
alles, was sich in Verdsville zugetragen hatte. Im allge-
meinen war die Ortsgruppe ihrer antifragerischen Ueber-
zeugung treu geblieben und betrieb noch eifrig ihre Propa-
ganda aller erbitterten Opposition zum Trotz. Die Arbeiter-
klasse war derart von „patriotischen Gassen“ ausgebläht, daß
sie kein vernünftiges Wort mehr hören wollte, die Medi-
katen waren „gezeichnete Männer“, ihre Post wurde über-
wacht, bei ihren Versammlungen fanden sich ebenso viele
Schelmpostisten wie Zuhörer ein. Ein Teil von ihnen
war zum Militär genommen worden, was Weisner als
Verfälschung der Musterungskommission aufstufte.

„Wer ist genommen worden?“ fragte Jimmie.

„Genosse Claedel, der Goldarbeiter — der war tolle-
fich bereit zu gehen, und Genosse Koenig, der Glasbläser —
er ist zwar ein Deutscher, doch ist er eingebürgert und
wurde trotz seines Proleten genommen, und Genosse
Stankewitz.“

„Stankewitz!“ — rief Jimmie bestürzt.

„Freilich; er ist schon fort.“

„Wollte er denn gehen?“

„Er wurde nicht gefragt, ob er wollte. Es wurde ihm
einfach befohlen, sich zur Stelle zu melden.“

Waren, als wir. — Staatsanwalt: Ich kenne bekannt, daß schon vor dem 21. Februar Vorlesungen getroffen waren für den Schutz des Landtages. — Zeuge: Ja, es sollte Militär nach München gezogen werden. — Staatsanwalt: Aber das Regiment ist abgezogen worden. Die Sache war so: Es ist von der Regierung beabsichtigt gewesen, daß das Regiment am 21. früh in München einmarschieren sollte. Es ist aber in Dachau abgezogen und entlassen worden.

Mit Spannung werden die Aussagen des Abgeordneten Schäfer in angehört. Die Annahme, daß Kuer der Nachfolger Ginders werden würde, war bei einem großen Teil der Arbeiterschaft verbreitet.

Darum mußte die Nachricht von der Ermordung Ginders zu einer Explosion führen.

Aus diesem Grunde habe ich sofort nach der letzten Sitzung in der Fraktion erklärt, wir müssen uns um Kuer annehmen. — Corf.: Datten Sie eine Ahnung? — Zeuge: Ich hatte lediglich aus Verständnis der politischen Lage eine instinktive Gefahr gefürchtet. Nach den Schüssen auf Kuer sah ich Lindner, wie er den Revolver in der Richtung auf mich hielt. Ich suchte jedoch nicht, der Richtung zu gehen, sondern auf die Seite zu weichen, in dieser Richtung stand. — Corf.: Haben Sie Gründe für die Annahme, daß die Sache vorbereitet war? — Zeuge: Das ist ungewiß, schwer zu sagen. — Vert. Dr. Traub: Wie erklären Sie sich den großen Haß der Arbeiter gegen Kuer? — Zeuge: Ein Teil der Arbeiter hing mit abgöttischer Verehrung an Ginder. Die Leute hatten das Gefühl, daß Kuer nicht mit der Tatkraft, die ihm sonst eigen war, hinter der Revolution stand, und nahmen an, daß zwischen Ginder und Kuer schwere Gegensätze bestanden.

Zeuge Justizminister Dr. Müller: Vorbringen: Am 21. früh 8 Uhr hat mich Kuer am Unterredungstisch und mir mitgeteilt, daß ihm in der vorhergehenden Nacht noch zuzuliegen sei, Ginder zum Rücktritt zu bewegen. Mir fiel Kuers merkwürdiger Optimismus auf. Wir anderen sind am 21. dem Tage in den Landtag mit dem Bewußtsein gegangen, daß wir unsere Haut zu Markte tragen. Wir wollten, da es sich voraussichtlich um eine große Sitzung handelte, unsere Angehörigen einladen. Aber als wir um Notizen boten, hieß die Halle der revolutionäre Arbeitertät schon alle. Das war ein Beweis, daß für die kommenden Dinge der revolutionäre Arbeitertät die Sache in die Hand genommen hatte. In der Sitzung selber hatte ein Herr v. Wilmann nach Kuer kaum einige Worte gesprochen, da kam durch die Tür ein Mann herein, mit außerordentlich charakteristischen Schritten. Sie haben mich an die

Näheren Schritte im Abingeb

erinnert. Da war nichts, was auf eine spätere Bestimmung Rücksicht hätte schließen lassen. Es war ein Schritt, halb militärisch, halb theatralisch. Lindner legte direkt auf Kuer an und schob dann auch auf die anderen Minister. Ich hatte den Eindruck, als ob er die ganze Ministerbank abfischen wollte. Die Minister duckten sich aber. Den Eindruck, daß er auf Ginder geschossen hat, habe ich nicht. Mit Lindner war ein zweiter Mann gekommen, der an der Tür stehen blieb und mit einer großen Waffe in die Richtung spielte, wo Ginder stand. Ich nehme an, daß der Schuß dieses Mannes Ginder getroffen hat. Es schien nun, als hätte man es auf ein allgemeines Massaker des Landtages abgesehen. Es ist ein rätselhafter Mord, daß nicht mehr Abgeordnete getroffen wurden, da sie alle in einem Haufen der Tür zustoßen. Bei dem Attentat hatte man den Eindruck, daß es sich nicht um einen Zufall, sondern um eine planmäßige Aktion handelte. — Verteidiger Dr. Traub: Können Sie sagen, ob das Attentat auf den Landtag auch ohne das Attentat auf Ginder geschehen wäre? — Zeuge Dr. Müller: Das kann ich nicht wissen. Die Sache mit den Tribünenforten deutete jedenfalls auf eine planmäßige Unternehmung. Verteidiger Dr. Traub: Ministerpräsident Hoffmann hat gegen diese Annahme. Er sagte, daß das Attentat im Landtag ungewisslich eine Folge des Attentates auf Ginder gewesen ist. Zeuge Dr. Müller: Ich weiß, daß man auch anderer Meinung sein kann.

Der Angeklagte Lindner erhebt sich und legt dem Justizminister einige Fragen vor: Kann der Herr Justizminister sagen, ob ich einen kurzen Moment getragen habe, oder einen langen? Dr. Müller: Ich habe ihn für einen Autorod gehalten. Als ich den Angeklagten jetzt wiedergesehen habe, war ich ganz verwundert über seine geringe Größe. Lindner: Kann der Justizminister sagen, ob ich noch andere Schüsse abgegeben habe? Dr. Müller: Ich glaube mich bestimmt erinnern zu können.

Abgeordneter Bürgermeister Saffinger war in aller nächster Nähe Zeuge des Attentates. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung stand der Zeuge nämlich kaum zwei Meter von Kuer entfernt, als zu gleicher Zeit zwei Männer mit den Händen in den Taschen und Hüften auf dem Kopf durch den reiferierten Saaleingang im Sitzungssaal erschienen. Der Zeuge rief neben ihm stehenden Kollegen zu: Was wollen die Leute hier? In diesem Augenblick war Lindner an die Ministerbank herangetreten, legte den Arm mit dem schriftverhehlten Revolver über die Brust und drückte ab. Auf der Tribüne standen acht bis zehn Mann zusammen, die Hände in den Taschen und hübsch lächelnd. Hingewandt rief von oben herab: „Das ist die Rede des Profetariats! Auch Lumpen werde ich das auch noch besorgen!“ — Auf Vorhalt des Verteidigers Sauter Meißel der Zeuge dabei, daß auch ohne Komplotz Ermordung alles so gekommen wäre, wie es bei dem Attentat der Verschwörer vorgegeben war. Das sei, fügte der Zeuge hinzu, allerdings nur seine Anschauung, die er durch Tatsachen nicht belegen könne, die aber durch verschiedene Schlußfolgerungen gestützt werde. Der Zeuge erzählt dann, wie Ginder aus der Sitzung des Staatsministeriums hervorkam und, die Hände reißend, zu seiner Frau sagte: „So, jetzt bin ich frei.“

Der folgende Zeuge, Abgeordneter Stadtrat Hoffmann, behauptet, daß Fischenberg, der Präsidentschaft Ginders, in den Saal tretend, sagte, man solle Kuer und Hofhauer sofort in Sicherheit bringen. Er wurde jedoch wegen seines dunklen Auftretens nur verächtet. Der Zeuge beobachtete dann beim Verlassen des Landtagsgebäudes, daß aus dem Tor eine Gruppe Leute hervortrat, an ihrer Spitze der Angeklagte Fischenberg. Er kam fortwährend den Soldaten und Passanten zu: „Kuer ist hin! Hofhauer und die anderen kommen auch noch heran! Schützt euren revolutionären Arbeitertät!“

Zeuge Staatsrat Sanger: Erst die Schüsse von der Tribüne waren das Signal für den Landtag, hinauszufliehen. Es war ein furchtbares Gefühl, daß man wehrlos und ohnmächtig einem organisierten Angriff gegenüberstand. Denn als die Schüsse auch von oben kamen, hatte man das Gefühl, daß dieser Angriff planmäßig vorbereitet sei. Nach dem Attentat sah ich Lindner mit dem damaligen Stabskommandanten Dürer und vier Soldaten stehen. Lindner suchte seine Tat zu rechtfertigen. „Das muß ich Ihnen alles nicht“, sagte ihm Dürer. „Sie müssen sich jetzt beruhigen lassen.“ Er gab auch den Befehl dazu, aber die Soldaten weigerten sich. Später beklagte ich mich im Saal einem Soldaten gegenüber, daß man Lindner nicht festgenommen habe. Das sei doch eine wahre Schande. Doch der Soldat drehte mir einfach den Rücken zu. Auf der Tribüne spielte sich dann eine widerliche Szene ab. Denn die Leute freuten sich über das Attentat auf Kuer. — Corf.: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß die Sache vorbereitet war? — Zeuge: Ja, den Eindruck habe ich gehabt.

Der frühere Justizminister Timm befindet dann folgenden: Kurz vor dem Zusammenritt des Landtages wurde unter den einzelnen Ministern der Beschluß gefaßt, zurückzutreten und durch den Landtag eine neue parlamentarische Regierung bilden zu lassen. Kuer wurde damit beauftragt, mit Ginder Rücksprache zu nehmen. Herr Kuer teilte dann später mit, daß er mit Ginder völlig einig geworden sei. Der Landtag möge alsdann

ein neues Ministerium wählen. Die Ermordung Ginders wurde um 10 Uhr mitgeteilt. Ich war erschüttert und mir klar darüber,

daß sich schwere politische Folgen entwickeln würden.

Ich weiß noch, daß Minister Hoffmann auch an mich herantrat und mir sagte, er habe schon mit Kuer gesprochen und lege mir nahe, zu verschwinden. Er habe von Fischenberg gehört, daß gegen Hofhauer, Kuer und mich etwas im Gange sei. Dann ereignete sich das Attentat. Der ganze Vorgang kam so plötzlich, daß ich nicht weiß, wer geschossen hat. Ich blieb stehen und war zunächst für jede Gefahr unempfindlich. Auf einmal packte mich jemand von hinten und ich hörte den Ruf: „Kuer, raus, das geht auch gegen Sie.“ Die Unellebtheit Kuers bei einem Teil der Arbeiterschaft erklärte ich mir daraus, daß bei den Wahlkämpfen im Januar Kuer und Ginder sich als Gegenkandidaten gegenüberstanden und sich infolgedessen scharf bekämpften mußten. — Erster Staatsanwalt Hofmann teilte dann mit, daß Frau Oberleutnant Kamm, deren kommissarische Vernehmung gestern verlesen wurde, dringend bitte, ihre persönliche Vernehmung zu veranlassen, weil sie sich gegen die Angriffe des Anwalts Sauter wehren wolle. Das Gericht beschließt die Vernehmung.

Inzwischen ist der Staatsminister Dr. v. Frauendorfer am Neuentisch erschienen. Unter großer Spannung des Publikums befindet er: Neben den Ministern am Vortage des Attentates kann ich nicht viel sagen. Ich war so der unpolitische Minister. Im Ministerium fiel mir der scharfe Ton auf bei den Auseinandersetzungen zwischen Ginder und Kuer. Ginder stand unter dem Eindruck, daß es mit seiner Macht endgültig zu Ende sei. Seine ungeheure Eitelkeit das Bedürfnis, in Bayern die erste Rolle zu spielen, führte ihn zu dem Versuch, sich mit allen Mitteln zu halten. Er hatte das Empfinden, daß Kuer ihn aus dieser Stellung zu besetzen versuchte. Jedes Kind mußte sich sagen, daß, wenn die Dinge so weiter gingen, über Bayern schwerer Unheil kommen mußte.

Ueber das Attentat im Landtag befindet Frauendorfer: Gegen 10 Uhr kam Fischenberg herein und teilte mir mit, daß Ginder erschossen worden sei. Mir schien eine solche Tat unglaublich und ich war äußerst betroffen. Wilmann kam mir der Gedanke, welche unheilvollen politischen Folgen diese Tat haben werde. — Corf.: Waren Sie der Meinung, daß sich das Attentat auf Kuer auch ohne das Attentat auf Ginder abgespielt hätte? — Frauendorfer: Es wäre auch so gekommen. (Große Bewegung.) Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat wollte den Landtag meiner Meinung nach unter allen Umständen am Arbeiten verhindern. — A. A. Traub: Stimmt es, daß sich die Beziehungen zwischen Ginder und Kuer verschärften, als Kuer verfuhr, Ginder auf einen Besandten zu übertragen? — Frauendorfer: Ja, es waren solche Verhältnisse im Gange. Ginder erschien als ein Unbekannter für Bayern. So entband von selbst im Ministerium der Besandte, Ginder einen Besandtenposten anzunehmen, um ihn so unschädlich zu machen. Ginder war doch natürlich sehr verärgert, und hat den Posten zurückgewiesen. Ginder war ein Mann von scharfem Verstand, aber ohne jede Vernunft.

Deutsche Nationalversammlung.

Donnerstag, den 11. Dezember 1910. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung einer Vorlage zur Änderung des Bankgesetzes. Reichsbankpräsident Havenstein empfiehlt die Vorlage, die eine Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank bringt. Er empfiehlt sich, die Reichsbank auch für das kommende Jahrzehnt in ihrem bisherigen Aufbau fortbestehen zu lassen. Nur die Verteilung des Reiches an dem Bankgewinn soll neu geregelt werden. Auf Antrag des Abg. Dernburg (Dem.) wird die Vorlage ohne weitere Aussprache dem Ausschuss für Volkswirtschaft überwiefen.

Das Reichsnotopfer.

Nach § 18 ist der Wertstellung der gemeine Wert (Verkaufswert) zugrunde zu legen. Bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, sowie bei bebauten Grundstücken, die Bodenmedien oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, ist dem Wertanlag der Ertragswert zugrunde zu legen. Als Ertragswert gilt bei landwirtschaftlichen Grundstücken das Zwangsgeld des Reinertrags. Bei Wohnhäusern gilt als Ertragswert das Zwangsgeld des Miet- oder Pachtvertrages, der in den letzten drei Jahren im Durchschnitt erzielt worden ist. In allen Fällen kann der Steuerpflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird.

Abg. Cuzak (Cog.) beantragt, den gemeinen Wert auch für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke zugrunde zu legen. Das Ganze ist ein Privileg für ländliche Verleger. Der Reinertrag ist eine viel zu schwachen Grundlage für die Vermögenssteuer. Wird unter Antrag nicht angenommen, so würde z. B. in Preußen der Grundbesitz mit 21 nur mit 6 Milliarden zur Verbesserung gelangen. Das aber wäre eine ungeheureliche Steuererhöhung.

Abg. Niefer (Dnat. Sp.), Abg. Hartwig (Dent.), Abg. Dr. Becker-Dolzen (Dnat. Sp.), Abg. Dr. Heim (Dnat. Sp.), Abg. Hund (Dem.) und Abg. Schiele (Dnat. Sp.) sprechen sich gegen diesen Antrag aus, der auch schließlich abgelehnt wird.

§ 20 bleibt unverändert.

Der Rest des Gesetzes wird mit geringfügigen Änderungen nach den Beschlüssen des Ausschusses verabschiedet.

Freitag 1 Uhr: Anfragen, Steuerangelegenheiten für die Gehälter der Reichsbeamten. Befehl über die Eisenbahnauflage, vorläufige Regelung der Luftfahrt, Milderung des Disziplinerverfahrens.

Preussische Landesversammlung.

Höhere Schulen.

Unter ebenso geringer Anteilnahme des Hauses wie bisher spannt sich auch gestern die Kulturdebatte fort. Der letzte Abschnitt „Höhere Schulen“ bildet den Beratungsgegenstand. Zunächst begründete Herrmann seinen Antrag zu den Privatschulen. Er betonte unsere grundsätzliche Gegnerlichkeit gegen diese zeitwidrige Einrichtung. Da jedoch die Verfassung sie hat bestehen lassen, hätten wir uns für verpflichtet, Vorzüge dafür zu treffen, daß die schärfsten Auswüchse beseitigt werden. Vor allem müsse das Weiterbestehen der bereits vorhandenen Privatschulen davon abhängig gemacht werden, ob alle Voraussetzungen gegeben seien, die unerlässlich sind, damit nicht Lehrer und Schüler bloße Ausbeutungsobjekte gmoinschädlicher Volksschulunterricht darstellten.

Die eigentliche Debatte leitete Ministerialdirektor Jahnke ein. Er bezeichnet es als unverantwortlich, die Endschule einfach einzuführen zu wollen. Das Verzichtungswesen sei ein großer Unfug. Die wahre Grundbedeutung eines Schülers hänge von dem Geist der Schule ab. In dieser Hinsicht seien die Schulgemeinden bedeutungsvoll. Um eine Schule, die das Vertrauen der Eltern genießt, werde unsere Jugend eine bessere Zukunft entgegengeführt.

Der Demokrat Schämer fand an diesem Programm Gefallen. Er meinte, daß seine Partei an der gemeinsamen Grundschule festhalte. Der Zentrumredner Grebe konnte zwar nicht in Abrede stellen, daß eine neuzeitliche Ausgestaltung des Bildungswesens notwendig ist, aber an dem „beherrschten“ Alten dürfe nicht allgütig gerüttelt werden. Frau Dr. Wegscheider von den Nationalsozialisten bewegte sich in betriebe grotesken Widersprüchen. Sie

belegte sich, daß die Volksschulen die sich hinter den Arbeiterfamilien zurückziehen müssen und wehrte sich trotzdem gegen die von uns beantragte Gewerkschaftsversicherung.

Genosse Dr. West rechnete mit den nationalsozialistischen Parteien und Oberlehrern ab, sehr zum lautstarken Verdruss der nationalsozialistischen Parteien. Dann sollte er den Offener Schullehrer, unter Darlegung der tatsächlichen Vorgänge wie er noch daß die mit beispiellosem Haß vom Zentrum verfolgten Oberlehrer Dr. Jacobs und Siegfried sich durchaus einwandfrei benommen haben, und daß sie sich von hohen pädagogischen Idealen leiten ließen. Er forderte mit aller Entschiedenheit, daß Unrecht, das den beiden Pädagogen widerfahren ist, wieder gutgemacht und die schuldigen Direktoren zu entlassen.

Unter Genosse unternahm dann der Geschichts- und Hören Pädagogikunterricht einer scharfen Kritik, forderte Gehalt der überleiteten Lehrkräfte durch jüngere und Bezahlung der Klassenfrequenz, damit der neue Geist mehr Eingang in die Schulen finde und die zahllosen Kandidaten auf Lehrstellen unterbewertet werden können. Heraus legte er, ausführlich unsere programmativischen Forderungen zum sozialistischen Schulwesen dar und stellte sie dem bürgerlichen, kapitalistischen Schulwesen gegenüber. Nicht einzelne Begabte sondern die gesamte Jugend, sondern die Bildungsinstitute der Allgemeinheit müsse eine höhere werden.

Gewerkschaftliches.

Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes.

Gestern hat sich die frühere Reichsarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe, eine Gruppe der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie und des Gewerbes, als Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes konstituiert. Die nötigen Schritte dazu waren bereits vorher von Generaldirektor Dr. Wuffow (Große Berliner Straßenbahn) und Herrn August Berner, Vorstandsmitglied des deutschen Transportarbeiterverbandes, beim Reichswirtschaftsministerium und bei der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie unternommen worden. In der gestrigen Versammlung erbat Herr Direktor Dr. Wuffow Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. Das Reichswirtschaftsministerium habe es grundsätzlich abgelehnt, sich in die Bildung der Organisationen einzumischen und überlasse die Form der Konstituierung ihrem freien Entschluß.

Die Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft für Industrie und Gewerbe sind mit der Neugründung nicht einverstanden und auch die Arbeitnehmervertreter der Industrie haben denen des Transportgewerbes den Vorwurf der Abspaltung gemacht.

Der Versammlung wurde dann der Entwurf der neuen Organisation vorgelegt. Vorläufige Vorsitzende bleiben Generaldirektor Dr. Wuffow und Herr August Berner.

Ein großer Teil der organisierten Transportarbeiter hat sich bekanntlich gegen die Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen, und kürzlich erst hat die Generalversammlung der Demokratischen Berlin die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangt, um zu dieser neuen Arbeitsgemeinschaft Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird der Hauptvorwand aber die Einberufung zu hinterziehen suchen.

Vollstes Vertrauen

Unter dieser Überschrift bringt der „Vorwärts“ in Nr. 101 einen Bericht über die Versammlungen der Metallarbeiter vom 8. d. M. Es heißt darin: „Die Regie der Rüst- und Gewerkschaft hat in den am Montag abend stattgefundenen Metallarbeiter-Versammlungen der unfähigsten aller Streikleitungen zu einem Vertrauensvotum verurteilt.“

Dazu wird uns nun geschrieben: Es haben 25 stark besetzte Versammlungen stattgefunden und davon wurde in einer Anzahl das Vertrauensvotum einstimmig beschlossen; in den übrigen Versammlungen, mit Ausnahme von zwei, wurde dasselbe gegenwärtig wenig Stimmen angenommen. In den beiden Versammlungen, die die Resolution ablehnten, war es der Regie der verhältnismäßigsten Drohtzettel gelungen, eine Mehrheit für sich zu gewinnen, da sie ihre Anhänger aus allen Teilen Berlins und den Umgebungen herhin konzentriert hatten. Wenn der „Vorwärts“ von einer Regie schreibt, soll er sich bei seinen Parteigenossen erkundigen, wie es gemacht wird.

Weiter behauptet der „Vorwärts“, den Versammelten sei eine langwierige Debatte serviert worden, in der die Streikfrage und die vom Stuttgarter Verbandstag inaugurierte neue Gewerkschaftspolitik mit den beabsichtigten Lieferungsprämien auf Artstoffe und Brot verquält wird. Das ist die neue Methode gewerkschaftlicher Demagogie, auch in bestimmten Fragen andere Denkbilder gewisse Dinge schamhaft zu machen. — Auch diese Behauptung ist unzutreffend. Die beiden Punkte — Metallarbeiterstreik und Lieferungsprämie — wurden getrennt behandelt und lagen auch zwei Resolutionen vor. Nur aus der Bewegung heraus, daß gegenüber diesem unglücklichen Plan der Regierung die Arbeiterschaft sich energisch wehren müsse, wurde auch über die Frage der Lieferungsprämie gesprochen und eine entsprechende Entschiedenheit zur Abstimmung unterbreitet. Gegenüber der lächerlich geringen Stimmzahl der S. R. D.-Anhänger ist der Schmerz des „Vorwärts“, der aus jeder Zeile klingt, nur zu begreiflich. Der „Vorwärts“ bemerkt zum Schluß: „Trotz allem dürften die neuen Metallarbeiter dem verdienten Gehalt nicht entgegen sein.“ Die Geschichte weist in dieser Beziehung ja mannigfache Beispiele auf.

Wir überlassen es ruhig der kommenden Zeit, was die Arbeiterschaft den verdienten Gehalt bereiten wird.

Massenentlassungen bei Panzer-A. G.

Von der Geldschrankfirma Panzer-A. G., Rastatt, sind 100 Mann gestern das gesamte Arbeiterpersonal in Stärke von 200 Mann entlassen worden. Die Firma hatte sich geweigert, die Forderung auf eine Wirtschaftsdarlehne zu bewilligen, angeblich weil sie dazu nicht in der Lage ist. Die Arbeiterschaft verweigerte hierauf die Leistung von Akkordarbeit, da sie bei der schlechtesten Entlohnung nur noch in der Lage sei, im Lohn zu arbeiten. Daraufhin erfolgten die Entlassungen.

Wie die Behauptung der Firma, sie arbeite seit Monaten mit Interbilanz, zu bewerten ist, geht aus dem letzten Geldschrankbericht hervor. Danach legte sie 600 000 M. für Reserven zurück und verlor trotzdem noch eine Dividende von 10 Prozent; außerdem teilte sie Aktienkapital noch erheblich erhöht. Wie sie das neue Geschäftsjahr anläßt, kann ja nicht beurteilt werden, denn nach haben wir kein Gewinnvergleich — und werden vorläufig auch kein bekommen —, das der Arbeitervertreter Einfluß in die Bücher gestattet.

Eine Entgegnung.

Vom Gewerkschaftsrat der Bekleidungsindustrie geht und folgenden Schreiben zu: „In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom Dienstag, 8. Dezember 1910, Nr. 693/8 befindet sich unter Nr. 12

Arbeitsverhältnisse" eine vom Zentralverband der Angestellten...
Arbeitsverhältnisse" eine vom Zentralverband der Angestellten...
Arbeitsverhältnisse" eine vom Zentralverband der Angestellten...

aus den einzelnen politischen Parteien heraus ihre Entlohnung...
aus den einzelnen politischen Parteien heraus ihre Entlohnung...
aus den einzelnen politischen Parteien heraus ihre Entlohnung...

zu zahlen ist, die sich am 2. Dezember in ungeändelter...
zu zahlen ist, die sich am 2. Dezember in ungeändelter...
zu zahlen ist, die sich am 2. Dezember in ungeändelter...

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen in der Anaberkonfession!

Seit Mai d. J. ist der unterzeichnete Verband bemüht, die...
Seit Mai d. J. ist der unterzeichnete Verband bemüht, die...
Seit Mai d. J. ist der unterzeichnete Verband bemüht, die...

Arbeiter denkt an ihre Kinder!

Erscheint in Massen, um Stellung zu nehmen gegen die Schulcaution.

Groß-Berlin.

Die Verordnung über Höchstmieten.

Die Anordnung über die Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen wird in Kürze veröffentlicht werden. Sie richtet sich vor allem gegen den Mietwucher, der nicht so sehr in Groß-Berlin, als vielmehr in den Provinzstädten anzutage getrieben ist. In Berlin betragen die bisher bewilligten Zuschläge in Mittel 10 bis 20 Prozent, in kleineren Orten dagegen bis zu 100 Prozent. Auch sind mit der zunehmenden Wohnungsnot außerhalb der Mieteinigungsämter noch Wuchererien gefordert und bewilligt worden. Auch gegen solche Verordnungen war die Verordnung notwendig.

Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnetenvorsteher Deimann widmete eingangs der Sitzung dem verstorbenen Genossen Barenzin einen warmempfundenen Nachruf.

Nach kurzer Begründung durch unsere Genossin Wulff wurde entgegen dem Ausschussh Antrag beschlossen, den Wasserpreis auf 32 Pf. und den Grundpreis auf 10 Pf. zu setzen.

Die Errichtung eines Berufsberatungsbüros ist eine längere Debatte hervor, weil die bürgerlichen Parteien wieder einmal das Bedauern hatten, sich über Gewaltspolitik zu beklagen.

Paketsperre für Berlin.

Künftig wird mitgeteilt: Wegen Verhinderung der Verkehrswege vor neugegründeten dazu geschritten werden müssen, die Annahme von Paketposten jeder Art, ausgenommen solche mit baren Geld, nach Berlin Ort vom 10. bis 12. Dezember und die Annahme von Privatpaketen jeder Art mit Rücksicht auf den 12. bis 20. Dezember zu sperren.

Eine Gemeinheit.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die im Reichswerk, Abt. Artilleriewerkstatt 500, beschäftigten schwerkranken Angehörigen wurden zum 1. Dezember gekündigt. Die Hauptkriegsbeschädigten erklärte die Rüdigung für ungültig mit dem Hinweis, daß die Reichsbehörden in erster Linie die Besetze zu beachten hätten, und persönlich dürften im allgemeinen schwerkranken nicht gekündigt werden.

Rechtskonferenz der Obkreise ehemaliger Ober- und Marineoffiziere.

Vom 18. bis 20. Dezember findet im Palais des Beethovenhauses eine Rechtskonferenz sämtlicher Obkreise der Obkreise- und Angehörigenvereine der ehemaligen Ober- und Marineoffiziere des Deutschen Reiches statt.

Der Gewerkschaftstag des Zentralverbandes der Hlm. und Klein-Angehörigen Deutschlands.

findet am Dienstag, den 16. Dezember, vormittags 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, statt.

Sitzungen für die Elternbeiräte.

Uns wird geschrieben: Unterm 6. November veröffentlicht der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Beschlüsse für die Elternbeiräte an Schulen.

Unter „Allgemeines“ bringen die Sitzungen den einzelnen Elternbeiräte, daß nämlich die Elternbeiräte an jeder Schule, nicht nur wie früher an den höheren, gebildet werden sollen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Die Kommunale Vertreter-Konferenz der U. S. V. D.

Groß-Berlin am Sonnabend, den 12. 12., nachm. 5 Uhr im Berliner Rathaus, findet nicht im Plenarsitzungssaal, sondern Zimmer 109, 3 Treppen, Eingang Spandauer Straße, statt.

Arbeiter-Schulungsschule der U. S. V. D.

Der Kursus des Sozialen Genie Bönning, der am bekannten Gräben unterrichtet werden mußte, wird in diesem Quartal nicht mehr fortgesetzt.

Verstellung im Schauspielhaus (Staatstheater) am Dienstagmorgen am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Die Aufführung der Opern „Die Journalisten“, „Das Spiel von Gullav Freitag“.

Ausstellung für Schwerkranken.

Die Ausstellung für Schwerkranken findet in den Räumen des Vereins der Schwerkranken „Hoffnung“ 2. B. (Milde Stiftung), Fasanenstraße 40, eine Ausstellung der neuesten Hörsprache und Hörgeräte statt.

Der Mord an dem Dresdener Schüler steht fest.

Die Leiche des 26 Jahre alten Mannes wurde gestern in der GutsMuths-Anstalt bei Regim aufgefunden.

Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Die Einführung zum Sommerfest findet am Sonntag früh 8 1/2 Uhr im Völkner-Saal statt.

Arbeiter-Wassersportverband Kreis I (Brandenburg).

Am Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr veranstaltet obiger Kreis I sein erstes Schwimmen nach dem Kriege im Stadtbad Neukölln.

Zeugen gesucht.

Diesem Personen, die am 20. August nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr in der Poliklinik des Vorkriegs-Krankenhauses in Nützenberg, Ring-Albert-Straße, anwesend waren, als eine Frau ihr 1 Jahr altes Kind zur Untersuchung brachte und die sich darüber empörte, daß der Arzt nicht feststellen konnte, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Respekt, Nützenberg, Krossener Straße 16, einzuschicken.

Zirkus Busch.

Von kommenden Woche ab finden auch Dienstage und Freitage nur reine Zirkus-Vorstellungen statt, mit dem so vorzüglichen argentinischen und equestrischen Zirkus-Programme im ersten Teil und des prächtigen Pantomime „Mephisto“ nach der großen Pause.

Aus dem Gemeindeleben.

Ort. Auf Antrag unserer Genossen wurde den Hm. bedürftigen und Erwerbslosen eine einmalige Winterbeihilfe von 20-30 Pf. bewilligt.

Die Beschlüsse des Reichstages über die Elternbeiräte an Schulen sind in zwei Teile, in die Beschlüsse für Elternbeiräte an Schulen und in die Beschlüsse für die Elternbeiräte.

Mus den Organisationen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Wir erlauben die Bezirksleitungen und die Ortsverbände die Plakate zu den Versammlungen heute von 10-5 Uhr im Hauptbüro, Schilderstraße 5, abzugeben.

1. Bezirk. Freitag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Mittelallee Straße 34. Berichtserstattung vom Bezirksrat.

18. Bezirk. 2. Abteilung. Heute abend 7 Uhr in der Schulaula Grawert 11. Abteilungsversammlung. Vortrag des Genossen Dr. Dietz. Das Aktionsprogramm. Wohl der Delegierten zur Verbandsoberversammlung.

17. Bezirk. 1. Abteilung. Heute abend 8 Uhr Abteilungsversammlung in der Aula der Gemeindeschule Ruhlsdorfstr. 6/7. Charakterisierung. Alle Unterrichtslehrer sind von jetzt ab im Rathaus, Sitzungszimmer 1, halt.

Charlottenburg, Bildungs-Kommission. Die Kurse des Genossen Edmunda müssen bis Sonntag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr geschlossen werden.

Neukölln. Heute, Freitag, abend 6 Uhr Flugblattverteilung 5 Uhr Abholung von Material im Parteibüro.

Wilmersdorf, Bildungs-Kommission. Der für Freitag angelegte Vortrag über 'Kunst und Sozialismus' muß ausfallen. Da abends 7 Uhr bei Berg, Biernochstr. 45, eine öffentliche Versammlung vom Sozialistischen Lehrerbund stattfindet. Thema: 'Wie arbeitet der Sozialismus im Unterricht?'

Bereinstalender.

Gleichenhagen, Kleinbau und Simmerh. Transport-Gilddarstellung und -verbände. Montag nachmittag 4 Uhr bei Longe, Reichstr. 10. Werkerversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle Klosterstraße, Ecke Stoloner Straße. Vortrag des Herrn Dr. M. Bräuer: Was hat Eheheparat noch für die Gegenwart zu bedeuten? - Pantheon: 'Was Toren' (Bibel). - Bitte willkommen.

Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten. Teilnehmer und Kriegesbeschädigten, Bezirk Norden 5. Freitag, den 12. Dezember, abend 7 Uhr. Bezirksversammlung in der Schulaula, Schönfelder Straße 7.

Turnverein Nichte. Öffentliches Turnen der 14. Männer-Abteilung in der Turnhalle der Gemeindeschule Ehrenbergstraße am 14. Dezember von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wilsch. Redaktion: Verlagsgesellschaft 'Freiheit', a. G. m. b. H. Berlin. - Druck bei Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 13.

Lebensmittellisten.

Neuauflösung zur Zuckerhandelsliste. Die Zuckererzeugnisse sind nicht auf die amtliche Bekanntmachung vom 11. Dezember 1919, welche die Vorschriften für die Neuauflösung zum Zuckerbezug für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 enthält, aufmerksam. Die Neuauflösung läuft vom 15. Dezember 1919 bis zum 5. Januar 1920. Im eigenen Interesse der Kartenzahler ist es erforderlich, die Karten nebst den beiden Kontrollabschnitten vor der Kasse beim Kleinhandeler mit Namen und Wohnung in deutlicher Schrift auszufüllen.

Berlin. Der Magistrat gibt bekannt, daß eine Neuauflösung von Auswärtigen für den Bezug von Pfefferfleisch stattfindet. Die Eintragung in die neuen Verzeichnisse hat in der Zeit vom 17. bis 23. Dezember zu erfolgen.

Spandau. In dieser Woche auf Feld 1 bis 8 der Fleischkarte 200 Gr. Rindfleisch mit Knochen, auf Feld 9 und 10 der Fleischkarte 50 Gr. mecklenburgische Jungenswürstl, 50 Gr. mecklenburgische Leberwurst oder 50 Gr. Brühwurst.

Pankow. In dieser Woche 200 Gr. inländisches Fleischfleisch mit Knochen oder 200 Gr. ohne Knochen oder Fleischkonserve (200 Gr. einschließlich Dosengewicht) oder Geflügelfleisch.

Grünigebirg. Am Freitag auf R 12: 250 Gr. Rindfleisch und auf R 20: 100 Gr. Schinken.

Wilmersdorf. Die Ausgabe der Fleischkarten erfolgt für den Ortsteil Jochenberg am Sonnabend von 9-1 Uhr in der Verkaufsstelle in Jochenberg für den Ortsteil Wilmersdorf täglich von 9-1 Uhr im Lebensmittelamt. Regattamarkt werden nur ausgegeben für Kinder, die 1912 und 1918 geboren sind.

Geestfeld. Am Sonnabend: Erbsen, Reis und Wegerich.

Sammlung für die politischen Gefangenen.

14. Quittung.

Schleifer und Goldschmied der Fa. Gollak 17,50 M.; Arb. der Fa. Gollak u. Co., Neukölln, 170 M.; Fritz Dantscher, Berlin, 80 M.; Sammlung in den Conventskirchen 106,50 M.; 1. Abt. 7. Distrikt 30 M.; Kopp u. Cie., Berl. Asphaltgesellschaft 24,50 M.; Maschinenmeister der Fa. Dreifachneider u. Graef u. Bergmann 20 M.; Lederbinderei von H. Pfeife, Liste 15 22,50 M.; durch Genossen Karl Reuter 67,20 M.; Arb. d. Flugzeugmeisterei Adlerhof 50 M.; 4. Distrikt, 10. und 11. Abt. 15 M.; Personal der 'Freiheit', Betriebsversammlung 100,35 M.; Branchenkommission der Eisen-, Metall- und Revolverfabrik durch Hofbach 21,25 M.; Meinhart Petrich 5 M.; Kühle, Sammlung der Postausstufkräfte des Postamts Friedenau-Steig 10,90 M.; Goldberg 10 M.; H. R. 10 M.; 8. Distrikt, 8. Abt. (87. Abt.) 1. Rate 100 M.; Lederbinderei von H. Pfeife, 16. Abt. 27 M.; Heberich durch Kranspender d. Fa. Danke u. Müller 85,90 M.; 8. Abt. 7. Distrikt 80 M.; H. E. P. Charlottenburg 206,50 M.; H. E. P. Richter durch Kranspender für Gollak 50,50 M.; Diemann 7,50 M.; Arbeiter und Arbeiter der Fa. Peter 64 M.; Fa. Neumann 26 M.; Frauenseabend 6 M.; Kolleginnen und Kollegen der Fa. Schwarzlopp (Widow) an Stelle der Kranspender im Sinne des Genossen Hugo Gollak 618 M.; O. Schulze, Berlin, Nordkurstraße, 10 M.; Sachs, Sachsenhausen, Berderstr. 27, 97,50 M.; Speibin, Wemer 48,50 M.; Gastwirt Wilhelm Pieper, Mariendorf, 10 M.; Gefangenverein 'Neu erwacht' 100 M.;

Zwei hervorragende Geschenkwerke.

Die Wunder der Natur Der Siegeslauf der Technik

Ein populäres Buch über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres. Herausgegeben von Dr. O. Sommer, Camilla Stenmann, Rosa H. Arnold, Prof. Dr. Hans Goebel, Dr. Hans Jellinek, Dr. H. Kersch, Prof. Dr. H. Reuter, Prof. Dr. G. Schmidt u. a. 3 Bände in 3 Bänden. - Preis 12 M. (einschließlich Transportgebühren) mit 1500 illustrierten, darunter 150 neue Zeichnungen.

Ein Hand- und Handbuch der Erfindungen und technischen Erfindungen aller Zeiten. Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute und Schüler verfaßt und herausgegeben von Max Götzel. Zweite neu bearbeitete Auflage. 2016 Seiten Text, 2001 Abbildungen und 12 Tafeln. - Drei Bände. - Preis 12 M.

Wir liefern jedes dieser beiden Werke nur 7 M. gegen monatliche Teilzahlungen von

Beide Werke zusammen 12 M. für monatlich

H. Wollbrück & Co., Buchhandlung, Berlin, Oranienburger Straße 59.

20 öffentliche Volksversammlungen

am Freitag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr

- 1. Berlin NW: Tuisen-Gymnasium, Turnstr. 67.
2. Berlin NW: Friedrich-Wedderichs-Gymnasium, Bodumer Straße 5b.
3. Berlin N: 188. Gem.-Schule, Müllerstr. 158/159.
4. Berlin N: 45. Gem.-Schule, Kugelstr. 67/68.
5. Berlin N: 228/274. Gem.-Schule, Sonnenburger Straße 24.
6. Berlin N: 22. Gem.-Schule, Danstr. 47.
7. Berlin NO: Königlich-Preussische Oberschule, Hofstr. 44/45.
8. Berlin O: 22. Gem.-Schule, Rognerstr. 8.
9. Berlin O: Königlich-Preussische Oberschule, Altfeldstr.
10. Berlin S: Preussische Oberschule, Dresdener Straße 118.
11. Berlin S: 100. Gemeindegemeinschaft, Reichsberger Straße 67/70.
12. Riezschhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.
13. Riezschhausen: Mittel- u. Gem.-Schule, Marktstr. 10/11.
14. Troplow: Viktoria-Garten, Am Troplower Park 25.
15. Wilmersdorf: Hof von Berg (ehem. Kau), Biernochstraße.
16. Neukölln: 1. Mädchen-Mittelschule, Dönnestrasse 120/127.
17. Tempelhof: 2. Gemeindegemeinschaft.
18. Schöneberg: Wilmersdorf, Kolonnenstr. 34/35.
19. Wilmersdorf: Wilmersdorf, Nikolai-Str. 10/11.
20. Charlottenburg: Hindenburg-Neukölln, Grawertstraße 22.

Referat: Wie arbeitet der Sozialist im Elternrat?

Diskussion.

Proletariat! Kommt in Massen!

Der Verband sozialistischer Lehrer u. Lehrerinnen Deutschlands u. Ostpreußens (Ortsgruppe Groß-Berlin) Zur Dedung der Kosten 50 Pf. Eintritt, Arbeitslose und Arce überliche frei.

Am Sonnabend, 13. d. M., abds. 7 Uhr spricht der Herausgeber der 'Tribüne'

Karl Schmidt

im Weizen Saal der Sophienalle, Sophienstraße 17/18 über:

Skandale und kein Ende!

Eintrittspreis Mk. 1.-. Der Reingewinn fließt dem Kampfund der 'Tribüne' zu.

Advertisement for 'Schnellmaschin' (typewriter) with details on features and price.

Advertisement for 'Küchen' (kitchen) with details on products and prices.

Advertisement for 'Elektromotore' (electric motors) with details on specifications and contact information.

Advertisement for 'Schreibmaschinen' (typewriter) with details on models and prices.

Advertisement for 'Bettmatten' (mattresses) with details on quality and prices.

Advertisement for 'Platin' (platinum) with details on purity and uses.

Advertisement for 'Deutscher Metallarbeiter-Verband' (German Metalworkers' Union) with details on meetings and contact info.

Advertisement for 'Branden-Verammlung' (Brandenburg Assembly) with details on agenda and location.

Advertisement for 'Branden-Verammlung' (Brandenburg Assembly) with details on agenda and location.

Advertisement for 'Branden-Verammlung' (Brandenburg Assembly) with details on agenda and location.

Advertisement for 'Gustav Uschkoreit' with details on his work and contact information.

Advertisement for 'Deutscher Metallarbeiter-Verband' (German Metalworkers' Union) with details on meetings and contact info.

Advertisement for 'Josef Tröschel' with details on his work and contact information.

Advertisement for 'Karl Krüger' with details on his work and contact information.

Advertisement for 'Verband Volkskassendirektoren' (Association of People's Cashiers) with details on membership and contact info.

Advertisement for 'Spezial-Arzt' (Specialist Doctor) with details on services and contact information.